

Zeitschrift für
Feminismus
und Arbeit
März/April 2011

29. Jg.

SSN 0949-0000/ISSN 1862-5568

Feminismus ist Herrschaftskritik

- Reflexionen zu „Feminismus“ (Anita Heiliger)
- Der neoliberale Feminismus ordnet sich den globalen Märkten unter (Christa Wichterich)
 - Aufruf an Frauen in arabischen Ländern
- **attac: Geschlechterpolitik der Bundesregierung ein Armutszeugnis**
- Feminismus ist nicht bloß individuell zu erreichendes Glück (Sabine Hark)
 - Protest gegen „corrective rape“
 - Luise F. Pusch: Mutter-Witze
 - EU-Richtlinie gegen Gewalt
 - Christina-Street-Day
 - Entgeltgleichheit
 - Perspektiven der Matriarchatspolitik
 - Pornland

Inhalt**Schwerpunkt: Feminismus ist Kritik an den Herrschafts- und Machtverhältnissen** **3****Reflexionen zu „Feminismus“** (Anita Heiliger)**Der neoliberale Feminismus ordnet sich den Gesetzen der globalen Märkte unter** (Christa Wichterich)**Feminismus bedeutet nicht bloß individuell zu erreichendes Glück.****Die Privatisierung der Politik** (Sabine Hark)**Glosse von Luise F. Pusch: Mutterwitze** **10****Resolutionen/Aktionen/Netzwerke** **11**

Anhörung zur Entgeltgleichheit im Bundestag, Aufruf an die Frauen in Tunesien, Ägypten, Jordanien und anderen arabischen Ländern, ASF: Kristina Schröders Politik schadet den Frauen in Deutschland, Attac: Geschlechterpolitik der Bundesregierung ein Armutszeugnis. Sparpolitik betrifft Frauen anderes als Männer, Antisexistische Bierdeckel, Frauensicherheitsrat fordert Unterstützung für ägyptische Frauen, Wien: EIN LAUTES NEIN zu automatischer, rückwirkender gemeinsamer Obsorge, Hess Natur weiterführen, Übernahme durch Carlyle verhindern, CDU und FDP beschließen das Aus von 2 Frauenhäusern!, „Audre Lorde - Die Berliner Jahre 1984 bis 1992, „corrective rape“: Petition gegen „korrigierende Vergewaltigung“, Feministische Partei: Die Bundesregierung unterstützt die Diskriminierung von Frauen, „Ehrenamtliche Seniorinnen-Netzwerke sind kein Allheilmittel“, Kontroverse um "Christina Street Day" in München, Neuer Volksverhetzungs-Paragraf ignoriert Frauen

Themen **24**

Im Mittelstand mehr Frauen in der Führungsetage

Nachrichten **25**

Ré Soupault; Künstlerin im Zentrum der Avantgarde; Aktionärinnen fordern Gleichberechtigung; EU-weite Richtlinie zum Schutz vor Gewalt; Girls-Revolution: "We want sex!". Pinar Selek: Für Gerechtigkeit,

Literatur **26**

Angela McRobbie: Top Girls - Feminismus und der Aufstieg des neoliberalen Geschlechterregimes, Gail Dines: PORNLAND, Untersuchung zur Sanktionspraxis SGB II

Termine **28**

Karlsruher Konferenz: „Frauen Perspektiven Wechsel“, Internationales Frauenfilmfestival, Helga Reidemeister erhält den ersten Dortmunder Dokumentarfilmpreis, Erkenntnisse der Matriarchatsforschung, Perspektiven der Matriarchatspolitik, Fachtagung zum Thema „Traumatisierung durch sexualisierte Gewalt“

Impressum:

Herausgeberin: Kommunikationszentrum für Frauen zur Arbeits- und Lebenssituation e.V., Baaderstr. 30, 80469 München, Tel: 089/20 10 450, www.kofra.de, kofra-muenchen@t-online.de

Verantwortliche: Anita Heiliger

Jahresabonnement: 6 Ausgaben in ca. 2-monatiger Folge zum Preis von € 18.60 plus Porto, Einzelheft: € 3.20, Bankverbindung: Bank für Sozialwirtschaft, Konto: 7805500, BLZ 7002050

FEMINISMUS ist Kritik an den Herrschafts- und Machtverhältnissen

Reflexionen zu Feminismus

Anita Heiliger

„Der Feminismus ist eine Theorie, die alle Bereiche des Menschlichen betrifft und den patriarchalen Gehalt aller kulturellen Hervorbringungen des Mannes (der sich traditionell als Mensch schlechthin definiert) bloßlegt und kritisiert“, formuliert die Linguistin Luise F. Pusch in ihrem Reader „Feminismus. Inspektion der Herrenkultur“ (1983, S.14). Feminismus sei die Theorie der Frauenbewegung, erklärt sie weiterhin zum Verhältnis dieser beiden Begriffe zueinander (ebd.).

Der Feminismus gehe, legt Hannelore Schröder (bei Pusch 1983, S. 449) dar, *„von der Erfahrung und Erkenntnis aus, dass keine der bestehenden Gesellschaftstheorien... allgemeine Geltung hat, sondern dass sie alle von Männern in ihrem eigenen (beschränkten) Interesse... konzipiert worden sind. Trotz aller gegensätzlicher Interessen untereinander haben sie doch ein gemeinsames Interesse gegenüber der weiblichen Bevölkerung: nämlich Frauen generell aus der egalitären Rechts- und Staatsordnung und Teilhabe an materiellen Gütern auszuschließen und in absoluter Unterwerfung unter sich selbst, als Familienvätern, zu halten“*.

Der Feminismus sieht die patriarchale Struktur bekanntlich nicht als „natürliche“ Ordnung an, sondern als historisch gewachsen und daher veränderbar. Und so formuliert Christa Wichterich 2007: *„dem Feminismus (geht) es um Kritik an den Herrschaftsverhältnissen. Ziel (ist) die Veränderung dieser Strukturen, nicht Gleichheit in ihnen. Emanzipation (meint) nicht nur die individuelle Befreiung von Fesseln, sondern die Beseitigung struktureller Gewalt und Diskriminierung“*, Sie zitiert eine indische Feministin mit den treffenden Wor-

ten: *„Wir wollen kein größeres Stück vom vergifteten Kuchen“*. „Die Melodie des neoliberalen Feminismus“ sei die von Wahlfreiheit, Aufstiegschancen und Leistungsgerechtigkeit. Sie lasse eine Kritik an Hierarchien und Ungleichheiten als kontraproduktiv erscheinen und verkaufe sie deshalb für dumm. Der Markt öffne sich für Frauen mit dem Versprechen auf Chancengleichheit und optimale Ressourcenverteilung. Dies führe zur „bizarren Übereinstimmung zwischen Emanzipationsinteresse von Frauen und der Verwertungsdynamik der Märkte“ (ebd.).

Die Paradoxie der Integration liege darin, dass Partizipation und die Gleichstellungsperspektive für Frauen einen emanzipatorischen Sprung nach vorne seien, der allein jedoch an den ungleichen und ungerechten Markt- und Machtstrukturen nichts ändere.

Die britische Professorin Angela McRobbie, die in ihrer Jugend mit Monika Savier das 2. Buch zur feministischen Pädagogik: „Autonomie, aber wie“ herausgebracht hat, meldet sich aus London wieder zu Wort mit dem Buch: „Top Girls. Feminismus und der Aufstieg des neoliberalen Geschlechterregimes“ (2010). Sie analysiert, dass unter dem neuen neoliberalen Geschlechterregime eine post- oder pseudofeministische Mobilisierung von Frauen stattfindet. In einem neuen Geschlechtervertrag, der Bildung Teilhabe verspreche, werde ihnen eine Distanzierung vom Feminismus abverlangt. Durch die Aufnahme feministischer Werte und Forderungen – wie Selbstermächtigung und Wahlfreiheit – würden diese ins System integriert und zugleich individualisiert. Emanzipation und Selbstverwirklichung seien demnach innerhalb der herrschenden Strukturen möglich, individuelle oder gar kollektive Auflehnung

gegen Kapitalismus, Patriarchat und Rassismus scheinen überflüssig und sogar schädlich. McRobbie analysiert, wie sich Konsum- und Populärkultur Rhetoriken und Bilder von weiblicher Freiheit aneignen und damit vordergründig den Erfolg von Frauen zu unterstützen scheinen. Das Zurückhalten von Kritik, ein konfliktscheues und komplizenhaftes Verhalten – eine Politik der Desartikulation – seien die Bedingungen für diese Pseudofreiheit. Sie würden in neue postfeministische Abhängigkeiten gedrängt und (wieder einmal) degradiert.

Die starke, erfolgreiche Frau wird seit den 90er Jahren medial allentorens präsentiert und suggeriert das Erreichen der Ziele des Feminismus, verkürzt auf das Thema „Frauen und Karriere“. In einem Sommerloch 2006 entdeckte die ZEIT das Andauern von Diskriminierung und Unterdrückung von Frauen mit einer vielfältigen Darstellung der Diskriminierungsfelder und dem Ruf nach einem neuen Feminismus. Doch die Beharrung auf der Erfolgsstory setzte sich weiterhin durch und spitzte sich 2007 nach Angela Merkels Kanzlerinnenschaft zur Ausrufung einer „Frauenrepublik“ zu (im SPIEGEL). Der Spiegel (2007) verfolgte diese Linie weiter mit „Alphamädchen – wie eine neue Generation von Frauen die Männer überholt“ – allerdings im Text enttäuschend mit der Darstellung absolut durchschnittlicher Frauenlebensentwürfe. Doch der Begriff „Alphamädchen“ als neue führungsbereite Frauengeneration war mit dem gleichnamigen Buch in der Welt, mit dem Versprechen Feminismus mache das Leben schöner und sexier (vgl. Klingner u.a. 2008). Sie wollen Feminismus wieder positiv besetzen: „unsere Aufgabe ist es, Feminismus mit einer neuen Konnotation zu belegen und ihm so neuen Schub zu geben“, sagt eine der Autorinnen (Susanne Klingner). „Feminismus“, schreibt die Mitautorin Meredith Haaf, „ist nicht gleichbedeutend mit vertrockneten Parolen und veralteten Vorstellungen; er kann jung, cool und auch intellektuell anspruchsvoll sein, er kann Spaß machen“ und orientiert sich damit an den vorhandenen Vorurteilen über Feministinnen, von denen sie sich absetzen möchten.

Angesichts der eingangs angeführten Definition von Feminismus als Kritik an Herr-

schaftsstrukturen hat der Ansatz der „Alphamädchen“ mit Feminismus wenig zu tun, denn Machtverhältnisse werden von ihnen gar nicht reflektiert, es geht vielmehr um individuelle Perspektiven für Karriere, Sexyness und Spaß. „Diese Zeitgeistmädchen“, kritisiert die Journalistin Barbara Gärtner (2008) *„wollen vor allem eins: sexy bleiben. Deshalb sind sie frech, aber nicht fordernd, stets dabei statt dagegen und der Feminismus, den sie sich zurechtzimmern wie eine schicke Yoghurtvariante macht gelenkig und leistungsfähig“*. Die „Alphamädchen“ „deuten den Feminismus nur zu einer zweckorientierten Lebenspraxis um, sie verraten die Frauenbewegung an die Work-Wife-Balance.“, dabei sei der Feminismus „in der Maximalforderung Teil eines unvollendeten humanistischen Projekts“.

Wenn Feminismus also die Veränderung der Macht- und Herrschaftsverhältnisse anstrebt – und das sind die patriarchalen Verhältnisse – so kann alles, was sich auf Individualinteressen, auf Verbesserung von Chancen etc. bezieht, ohne die gesellschaftlichen Machtverhältnisse grundsätzlich infragezustellen und ändern zu wollen, nicht feministisch genannt werden.

Die zur Zeit aktuelle Verwendung des Begriffes Feminismus ist im besten Fall einfach nur ein Missverständnis, im schlechtesten allerdings bewusste Irreführung, Vereinnahmung, weitergehende Entradikalisierung und politische Kaltstellung.

Angela Merkl als Bundeskanzlerin, das gab der Rede: „der Feminismus hat alles erreicht“ ein ganz neues Gesicht, ein ganz neues Bild, das signalisiert, Frau kann tatsächlich heute alles werden, sogar die Erste im Staat. Es richteten sich Hoffnungen auf sie, als Frau anders zu handeln als ihre männlichen Vorgänger. Aber natürlich ist sie mit einem linearen Aufstieg in der CDU voll integriert in die – männlichen – Machtstrukturen. Nach anfänglicher Demonstration tatsächlich eines anderen Stils im Umgang mit Macht, entwickelte sie sich in der Folge (nach heftigem Zurückpfeifen aus den eigenen Reihen) zur stringenten Vertreterin konservativer Männerpolitik. Die derzeitige Ausweitung des Frauenanteils in der Regierung stellt sich nicht anders dar: Einsetzen für emanzipatorische Frauenin-

teressen? Infragestellen männlicher Machtpolitik? Nein. So sieht die Übernahme von Macht als Teilhabe an ihr aus, dadurch ändert sich für Frauen strukturell gar nichts. Es entsteht nur „die Illusion, dass alles bestens sei“ (Holland-Cunz). Ministerin Schröder wird gar als „neue Feministin“ Alice Schwarzer entgegengestellt und logisch folgt die nächste Schlagzeile: „Brauchen wir noch Feminismus?“, wir haben doch alles.

Kritik am sogenannten Neuen Feminismus kommt auch von anderen jungen Frauen, die sich ebenfalls feministisch verstehen. Es handele sich hier um einen „privilegierten, weißen, heterosexuellen Akademikerinnenfeminismus“, so hieß es auf einer Podiumsdiskussion an der TU Berlin (s. Wagerin). Eher naiv sei der Ruf der „Alphamädchen“, die Männer einzubeziehen, bzw. bei ihnen nach Akzeptanz zu suchen, denn schließlich ginge es ja darum, diese aus der Herrschaftsposition zu verdrängen. Dabei sind als Mitstreiter durchaus einige Männer zu gewinnen, wenn es um den gemeinsamen Kampf gegen die Herrschaftsstrukturen geht, wie Christian Nürnberger, der Lebensgefährte von Petra Gerster in der SZ im November 2010 schreibt: „Für Feministinnen scheint es erreicht zu sein, wenn die Hälfte aller Politiker-, Aufsichtsrats- und Vorstandsposten weiblich besetzt sind. Das heißt aber, die Sklavin will nicht frei werden, sondern Sklavenaufseherin. Was habe ich davon, wenn mir nicht ein Kanzler, sondern eine Kanzlerin den Gürtel enger schnallt? Was ist gewonnen, wenn nicht ein Boss, sondern eine Bossin mich feuert? Worin besteht der Fortschritt, wenn zwar jede zweite Machtposition in weiblicher Hand ist, aber die gesamte globalisierte Wirtschaft trotzdem eine Galeere bleibt, auf der Männer und Frauen gleichermaßen im Krieg um Marktanteile verheizt werden?“

Die neue feministische Frauenbewegung, aufbauend auf der Vorarbeit der 1. Frauenbewegung hat ohne Zweifel sehr viel verändert, welche wollte dies in Abrede stellen, die die gesellschaftliche Situation der 50er, 60er und 70er Jahre kennt. Die Veränderungen waren möglich durch eine breite Verankerung der erhobenen Forderungen

in institutionalisierter Frauenpolitik, in „Staatsfeminismus“ umgeformt. Holland-Cunz spricht von Berufsfeminismus der Gleichstellungsbeauftragten und Gender-Professuren „als Teil des bestehenden Systems“. Tatsächlich sind Frauen- und Mädchenförderung, Frauenforschung und Frauenpolitik institutionelle Formen der Focussierung auf Frauen unter dem Aspekt ihrer Benachteiligung: Aufholen, Gleichziehen und Teilhabe an Macht unter der Prämisse des männlichen Maßstabes ist das faktische Konzept. Der stete Mangel an Geld und Personal und die Eingebundenheit in männliche Politik und nach männlichen Interessen geschaffenen Strukturen garantiert das Kleinhalten von Forderungen, die Wirkungsbegrenzung, eine Distanzierung von Radikalität, Bescheidenheit und Dankbarkeit für partielle Erfolge.

Die autonome feministische Politik der 70er und in Teilen noch der 80er Jahre wich weitestgehend der in gegebene Strukturen eingebundenen und von diesen finanziell abhängigen Praxis. Das Mitwirken in der Hoffnung nach subversiver Unterwanderung dieser Strukturen verstellte zunehmend den Blick auf die Tatsache, ideologisch unterwandert zu werden von der wohlwollenden Anerkennung und Förderung. Diese Entwicklung beendete praktisch die Autonomie einer unabhängigen sichtbaren Bewegung und damit wurde die feministische Forderung nach strukturellen Veränderungen kaum noch hörbar. Es existiert heute ein breites, unspezifisches Verständnis als Feministin („Feminismen“) in dem Sinne, dass wir uns für Frauen einsetzen und Diskriminierung an verschiedenen Punkt abzubauen versuchen. Doch gemeinsames Handeln, Schlagkraft, Radikalität, schonungslose Analyse, konsequente Forderungen fehlen und schließen die Zuschreibung feministisch faktisch aus.

Die bitteren Erfahrungen von backlashes auf verschiedenen Ebenen, die harte Konfrontation mit dem Fortbestehen männlicher Macht- und Herrschaftsstrukturen lehrt, dass Feminismus integriert/vereinnahmt wurde zugunsten von Vorteilen für spezifische Gruppen unter Frauen und zugunsten allgemeiner Liberalisierungen, aber zuungunsten radikaler gesellschaftlicher Veränderung. Der Antifeminismus, der den Fe-

minismus von Anfang an begleitet hat von Seiten derjenigen, die ihre gesellschaftliche Situation durch feministische Forderungen bedroht sahen, machte es zunehmend unmöglich, sich als Feministin zu outen, erzwang entradikalisierte Formen und minimierte den solidarischen Zusammenhalt im Selbstverständnis einer außerinstitutionellen feministischen Kraft. So entstand die zunehmende Akzeptanz der Beibehaltung der vormals kritisierten Strukturen, die Distanzierung von „Opfern“, die Leugnung von strukturell bedingter Mitbetroffenheit.

Die zentralen Forderungen der Frauenbewegung der 70er Jahre: Selbstbestimmung über die Reproduktion („Mein Bauch gehört mir“) und Beendigung der Männergewalt gegen Frauen („wir schlagen zurück“) sind einer Kapitulation vor den mächtigen Interessen an der Kontrolle über die Gebärfähigkeit der Frau und einer Institutionalisierung der Betreuung von Gewalt betroffener Frauen in Frauenhäusern gewichen. In der ungeheuren Tatsache, dass vor allem private Gewalt gegen Frauen heute in ungebrochenem Ausmaß stattfindet, das Versagen feministischer Politik zu erkennen, ist schmerzhaft, aber notwendig. Den Kampf gegen den §218 im Wesentlichen auf dem Stand von 1978 mit der Frau als Bittstellerin und eine sukzessive Ausbreitung der sogenannten LebensschützerInnen mit Zustimmung aus Kreisen der Politik sehen zu müssen, ist niederschmetternd. Diese beiden grundlegenden Bereiche führen unmissverständlich vor Augen, dass zwar viel erreicht wurde, doch eine kollektive Befreiung von männlicher Bestimmungsmacht gar nicht stattgefunden hat.

Der Backlash im Sorge- und Umgangsrecht sowie im Unterhaltsrecht mit massiver Entwertung von Frauen mit Kindern, Rückkehr unmittelbarer männlicher Macht über Frau und Kind sowie die nun völlige Befreiung von Männern aus der Verantwortung für Beziehungen und deren Folgen erscheint völlig irrwitzig, voll konträr zum Ruf nach Bevölkerungswachstum („Elterngeld“) und Familie findet eine systematische Abwertung von Frauen mit Kindern und eine Rückkehr zu (männlicher) Kontrolle über sie gepaart mit der Gefahr völliger Verarmung.

Die im Alltag permanent präsente Sexualisierung und Pornografisierung von Frauen, die immer noch zunimmt und von vielen Frauen („pornchic“) aktiv übernommen wird (vgl. Walter 2010), könnte durchaus auch als direkte Reaktion auf die medial vermittelten Emanzipationserfolge der Frauen verstanden werden: eine jederzeit erfahrbare und wachsende Vernutzung in der Präsentation und Selbstpräsentation von Frauen als Signale der anhaltenden sexuellen Verfügbarkeit von Frauen mit dem Anschein der Selbstbestimmung („es ist ja freiwillig“). Die permanente Vermittlung sexueller Unterwerfung von Frauen versichert Männern in Zeiten zunehmender Infragestellung von Männlichkeit (nicht zuletzt von Seiten der genetischen Forschung (vgl. Jones 2003) ihre hierarchische Position im Geschlechterverhältnis und vermittelt Frauen die Fragilität ihrer erreichten Erfolge. In jeder gesellschaftlichen Position laufen Frauen bekanntlich Gefahr abgewertet zu werden, sie schützen sich allzuoft durch Leugnung entsprechender Wahrnehmungen und Erfahrungen, die dem gesellschaftlich vermittelten Bild der erreichten Gleichberechtigung diametral entgegenlaufen.

Im Zuge dieser Leugnung entgeht Frau dann auch der Backlash, den die Engländerin Natasha Walter in ihren neuen Buch „Living Dolls“ (ebd.) beschreibt. 10 Jahre zuvor bejubelte sie die Erfolge des Feminismus („The New Feminism“, 1998), was sie heute zurücknimmt und eine „Rückkehr des Sexismus“ diagnostiziert.

Die Reaktion der Anpassung an negative gesellschaftliche Entwicklungen statt ihrer Bekämpfung prangert die amerikanische Feministin Ariel Levy an als „Female Chauvinist Pigs“. Sie beschreibt Beobachtungen bei Freundinnen, die begannen Sexclubs aufzusuchen, Stripperinnen und Pornostars zu bewundern und sich selbst pornomäßig aufzustylen, sie hätten viel Spaß dabei und es handele sich hierbei um eine neue Stärke, teilten sie Ariel mit. „Ich versuchte, in diese Denkweise einzusteigen, aber die Argumente wollten mir nicht in den Kopf gehen. ... Wie soll die Wiederkehr der Stereotypen von weiblicher Sexualität, die der Feminismus bekämpfte, auf einmal gut für Frauen sein? Was soll bestätigend für

Frauen sein, wie Pamela Anderson auszu-
sehen? Und wie soll uns die Imitation einer
Stripperin oder eines Pornostars – also ei-
ner Frau, deren primärer Job es ist, sexuel-
le Erregung vorzutäuschen – als sexuell
befreit wirken lassen?“.

„Dem Feminismus (geht) es um Kritik an
den Herrschaftsverhältnissen. Ziel (ist) die
Veränderung dieser Strukturen, nicht
Gleichheit in ihnen. Emanzipation (meint)
nicht nur die individuelle Befreiung von
Fesseln, sondern die Beseitigung struktu-
reller Gewalt und Diskriminierung“ (Christa
Wichterich). Alle Maßnahmen, die wir er-
greifen, alle Forderungen und Handlungen
sollten wir daran messen, ob sie ein Ele-
ment der Beseitigung struktureller Gewalt
sein können oder eher das Gegenteil errei-
chen: die Bestätigung der bestehenden
Machtstrukturen durch partielle Teilhabe an
ihnen.

Angegebene Literatur:

Gärtner, Barbara: Die Work-Wife- Balance, in:
SZ v. 7.5. 2008

Haaf, Meredith: Warum wir einen neuen Femi-
nismus brauchen, in: www.zeit.de

Klingner, Susanne/Meredith Haaf/ Barbara
Streidl: Wir Alphamädchen. Warum Feminis-
mus das Leben schöner macht, Hamburg 2008

Holland-Cunz, Barbara: Frauen sollten sich
nicht mehr schämen, Feministinnen zu sein, in:
www.zeit.de

Jones, Steve: Der Mann. Ein Irrtum der Natur?
Hamburg 2003

Kurbjuweit, Dirk: Die Frauenrepublik, in: Der
Spiegel 25/2007

Levy, Ariel: Female Chauvinist Pigs. Women
and The Rise of Raunch Culture, New York
2006

MacRobbie, Angela: Top Girls. Feminismus und
der Aufstieg des Neoliberalen Geschlechterre-
gimes“, Wiesbaden 2010

Nürnberg, Christian: Wir müssen reden, Alice,
in: SZ 20./21.11.2010

Pusch, Luise F.: Feminismus. Inspektion der
Herrenkultur, Fft. A.M. 1983

Raven, Charlotte: Was ist da bloß schief gelaufen?
In: EMMA 1/2011

Saviez, Monika: Autonomie aber wie. Mädchen
Alltag Abenteuer, München 1882

Schröder, Hannelore: Feministische Gesell-
schaftstheorie, in: Luise F. Pusch, a.a.O. S.
449-476.

Walter, Natasha: Living Dolls. The Return of
Sexism, London 2010, in der Übersetzung:

Living Dolls. Warum junge Frauen heute lieber
schön als klug sein wollen, 2011.

Walter, Natasha: The New Feminism, London
1998

Wangerin, Claudia: Auch sexy sein dürfen.
Diesseits von Schwarzers Verdammung: Die
„Alphamädchen“ haben auch junge Kritikerin-
nen, die sich als Feministinnen verstehen, in:
www.jungewelt.de

Wichterich, Christa: Der neoliberale Femenis-
mus ordnet sich den Gesetzen der globalen
Märkte unter, in: taz v. 24.9.2007

Der neoliberale Feminismus ordnet sich den Gesetzen der globalen Märkte unter

Kommentar von Christa Wichterich

Die bürgerliche Presse postuliert es schon
seit Jahren: Der globalisierte Neoliberalis-
mus erfindet seinen eigenen Feminismus
und seine eigenen Feministinnen. Kürzlich
eiferte sogar die Zeitschrift India Today den
westlichen Vorbildern Time, Financial
Times und anderen nach und porträtierte
Frauen auf der Überholspur: Unternehme-
rinnen, Managerinnen, Börsenspekulantin-
nen. Die transnationale frohe Botschaft lau-
tet: Die globalen Märkte machens möglich,
Leistung zahlt sich auch für Frauen in
Wohlstand, Erfolg und Macht aus.

Drei Viertel der Studentinnen von Jayati
Ghosh, Professorin an der Nehru-Univer-
sität in New Delhi, finden direkt nach dem
Examen einen Job bei McKinsey oder ei-
nem anderen namhaften Multi. Sie verdie-
nen dort das dreifache Gehalt der renom-
mierten Ökonomie-Professorin. Die indi-
schen Alphamädchen tun dies, wie Katja
Kullmann sagt, "aus eigenem Antrieb",
"Pragmatismus" und einer "ungestümen
Handlungslust wider alle Widrigkeiten" (taz,
30. 8. 2007). Der Karrieredrang ist ihr gutes
Recht. Und ihn als genuin geschlechtsspe-
zifisches Eigeninteresse einer neuen Elite,
der F-Klasse, zu erklären ebenso.

Ebenfalls ist es verständlich, dass sich die
jungen Inderinnen, die sich im Callcenter
den US-amerikanischen Kunden am ande-
ren Ende der Leitung als "Jane" vorstellen,
erst einmal tierisch freuen, dass sie mit ih-
ren für indische Verhältnisse traumhaften
Anfangsgehältern locker kulturelle Normen
ausbooten. So müssen sie etwa das Tabu

der Nachtschicht brechen, denn der komparative Callcenter-Vorteil Indiens besteht darin, dass es gut qualifizierte Billigkräfte hat, die während europäischer und nord-amerikanischer Bürozeiten, also in Indien nachts arbeiten. Die soziale Kategorie Geschlecht ist längst der Logik des komparativen Vorteils untergeordnet: Sie wird genutzt, wenn es der Effizienz der Märkte, der Rentabilität und dem Wachstum dient. Jayati Ghosh stellte kürzlich in ihrer Analyse der Frauenerwerbstätigkeit fest, dass immer mehr Inderinnen in den Städten regelmäßig einer Erwerbsarbeit nachgehen - ein Ergebnis, das der Entwicklung in vielen Ländern des Nordens und des Südens entspricht. Auf dem Land sind zudem eine wachsende Zahl von Frauen mithilfe von Kleinkrediten in die Märkte integriert. Die Jobgewinne der Inderinnen liegen jedoch - anders, als es die Euphorie um die Zukunftsmärkte erwarten lässt - nicht in modernen Sektoren: nur 0,3 Prozent der weiblichen Beschäftigten sind in der IT-Branche tätig, nur 1,4 Prozent bei Banken und Versicherungen. Die meisten Frauen verdienen ihr Geld in Privathaushalten, als Hausangestellte, Kinder- und Putzfrau oder als Heimarbeiterinnen.

So scheint im alten Europa wie auf den Zukunftsmärkten Asiens der strukturelle Ausschluss von Frauen aus der Bildung und Erwerbstätigkeit überwunden. Doch geschlechterspezifische Spaltungen des Arbeitsmarkts sind ebenso intakt wie das nur durch Diskriminierung erklärbare Einkommensgefälle. Trotzdem werden die Marktintegrierten als Gewinnerinnen gefeiert. Keineswegs nur die Aufsteigerinnen, sondern auch die Millionen, die als Billigarbeitskräfte erstmals einen Job in den Exportindustrien erwischen. Selbst die "illegalen" Migrantinnen in der globalen Versorgungskette von Kinder- und Altenbetreuung gelten noch als nachgeordnete Profiteurinnen der Wohlstandsgewinne.

Die Weltbank geriert sich als Wegbereiter der ökonomischen Förderung von Frauen und erklärt Geschlechtergleichheit zur "smarten" Ökonomie. Sie will Frauen mit den notwendigen Fähigkeiten, Chancen und Rechten ausstatten, um als freie Marktbürgerinnen wettbewerbsfähig zu sein und dadurch wiederum Effizienz und Wachstum zu steigern. Schon seit Jahren

rechnet die Bank einzelnen Volkswirtschaften und Wirtschaftssektoren auf Euro und Cent vor, wie viel Wachstum ihnen durch die Lappen geht, wenn sie die "untergenutzte Humanressource" Frau weiter diskriminieren. Integration rechnet sich. "Einkommensschaffende Tätigkeit" mithilfe von Kleinkrediten, Selbstbeschäftigung, Minijobs, Ich-AGs oder Unternehmensgründung sind Ikonen der Marktintegration von Frauen.

Die globalen Märkte mit den neoliberalen Regeln des unbegrenzten Wettbewerbs bieten sich als Orte an, wo Individuen, als UnternehmerIn ihrer selbst, beim Backen und Verteilen des Kuchens "teilhaben" können. Der Markt öffnet sich für Frauen mit dem Versprechen auf Chancengleichheit und optimale Ressourcenzuteilung. Das führt zur bizarren Übereinstimmung zwischen dem Emanzipationsinteresse von Frauen und der Verwertungsdynamik der Märkte.

Feministische Leitbilder - Befreiung von patriarchaler Kontrolle, Selbstbestimmung, Unabhängigkeit, eigenständige Existenzsicherung - treffen sich jetzt mit den Prinzipien des globalen Standortwettbewerbs und der neoliberalen Zuweisung von individueller Eigenverantwortung.

Veronica Schild hat am Beispiel von Chile nachgezeichnet, wie die Forderungen von Frauenorganisationen nach individueller Förderung der neoliberalen Regierung, ihrem Ziel der Wettbewerbsfähigkeit durch flexibilisierte Frauenarbeit und eigenverantwortliche, autonome Bürgerschaftlichkeit perfekt in die Hände spielte. Die Paradoxie der Integration liegt darin, dass Partizipation und die Gleichstellungsperspektive für Frauen ein emanzipatorischer Sprung nach vorn sind, der allein jedoch herzlich wenig an ungleichen und ungerechten Markt- und Machtstrukturen ändert. So ist die überkommene patriarchale Geringbewertung von Frauenarbeit und die Definition der Frauen als Zuverdienerinnen derzeit wunderbar funktional für die Informalisierung und Prekarisierung von Beschäftigung, für Deregulierung und den Kostensenkungswettbewerb. Mehr Chancen gibt es für Frauen, nicht aber zwangsläufig mehr Gleichheit.

Wo die Forderungen von Frauenbewegungen nach Chancengleichheit und nach

Gleichstellung in Führungspositionen aufgenommen werden, wird das Etikett Feminismus auf alles und jedes geklebt, wo Frau drin ist. Dem Feminismus der zweiten Frauenbewegung ging es jedoch um Kritik an Herrschaftsverhältnissen. Ihr Ziel war die Veränderung dieser Strukturen, nicht Geschlechtergleichheit in ihnen. Emanzipation meinte nicht nur die individuelle Befreiung von Fesseln, sondern die Beseitigung struktureller Gewalt und Diskriminierung. Die Melodie des neoliberalen Feminismus, die Katja Kullmann, Thea Dorn und die Weltbank verbindet, ist dagegen die von Wahlfreiheit, Aufstiegschancen und Leistungsgerechtigkeit. Sie lässt eine Kritik an Hierarchien und Ungleichheiten als kontraproduktiv erscheinen und verkauft sie deshalb für dumm und intellektuell billig. Wer glaube, dass Gleichheit das Ziel sei, schrieb Barbara Ehrenreich zur Hochkonjunktur der westlichen Frauenbewegung, greife viel zu kurz. Die indische Feministin Devaki Jain griff weiter und sagte: "Wir wollen kein größeres Stück vom vergifteten Kuchen".

Quelle: taz v. 24.9.2007

Feminismus bedeutet nicht bloß individuell zu erreichen - des Glück. Die Privatisierung der Politik

Kommentar von Sabine Hark

"Feminismus ist keine Frage des Glaubens, sondern eine Antwort auf Statistiken", sagt die Journalistin Ingrid Kolb, Autorin des Spiegels und zwischen 1995 und 2006 Leiterin der Henri-Nannen-Journalistenschule. Auf diesen kleinsten aller gemeinsamen Nenner können sich so genannte Alt-Feministinnen und Alpha-Mädchen wohl gerade eben noch verständigen. Doch wie die feministische Antwort auszubuchstabieren sei, darüber gehen die Meinungen weit auseinander. Während jene auf das "samtene Dreieck" setzen - die Kooperation von Gleichstellungspolitik, feministischer Bewegung und feministischer Theorie -, huldigen diese dem Mantra der neobürgerlichen Idee vom Erfolg.

Es ist dieses Ideal des modernen Zeitalters, dem ironischerweise die Alpha-Mädchen - mit der patriarchal angemessenen

historischen Verzögerung - derzeit am deutlichsten ausgesetzt sind und das sie zugleich reflexhaft selbst propagieren. Es ist der Glaube daran, dass der je erreichte Platz in der Welt einzig Ergebnis eigenen Tuns und Wollens ist. Die Alpha-Mädchen müssten sich heute zwar, so Katja Kullmann, "in einer immer noch männlich dominierten Praxis durchkämpfen". Zugleich haben sie es aber "dennoch irgendwie geschafft" und lebten nun "einen Gegenentwurf zum Opferdasein".

Jede einzelne Frau, glaubt das Alpha-Mädchen, kann also zu einer positiven Bilanz in Sachen Gleichberechtigung kommen, so sie denn den Mut von Thea Dorns F-Klässlerinnen hat, "Führung zu übernehmen". Im Klartext: Frank Sinatras Ode an den Mann, der kompromisslos seinen Weg geht, dessen Erfolge der Kraft seiner Souveränität geschuldet sind, ist endlich auch für Frauen nicht länger Wunsch, sondern Wirklichkeit: "I planned each charted course, each careful step along the byway. And more, much more than this, I did it my way." In der neobürgerlich beschaulichen Version des selbsternannten Alpha-Mädchens Nina Mattenklotz aus der Spiegel-Titelstory liest sich das dann so: "Ein Alpha-Mädchen wie ich steht morgens verliebt auf, arbeitet in dem Beruf, den es sich erträumt hat, und freut sich auf ihre Kinder, die sie eines Tages bekommen wird."

Als den Nutzen der "Alibi-Frau" hatte Adrienne Rich dies schon 1979 beschrieben: Einigen wenigen Frauen werde die der großen Mehrheit vorenthaltene Macht geboten, damit der Eindruck entsteht, jede wirklich qualifizierte Frau könne Zugang zu leitenden Positionen, Belohnung und Anerkennung erlangen - so, als gäbe es eine tatsächlich auf Leistung beruhende Gerechtigkeit. Die Alibifrau werde zudem dazu ermutigt, sich selbst als außergewöhnlich begabt und belohnungswürdig zu sehen und sich von allen "gewöhnlichen" Frauen zu distanzieren.

Um an dieser Stelle Missverständnissen vorzubeugen: Nichts ist gegen Leistungsbereitschaft einzuwenden - und gegen beruflichen Erfolg durchsetzungsstarker Frauen schon gar nichts. Selbstredend sollten Frauen all jene Türen offen stehen, die Männer immer schon ungehindert passie-

ren konnten. Und erst recht sollten sie hinter diesen Türen auf allen Stühlen Platz nehmen können, gleich ob im Cockpit oder im Labor, an der Werkbank oder auf dem Lehrstuhl, im Weißen Haus oder an der Wall Street.

Ebenso selbstredend sollte gelten, dass the pursuit of happiness, das Streben nach Glück, auch für Frauen ein unveräußerliches Recht ist. Und wenn das "verliebt am Morgen aufwachen und sich auf die Kinder freuen, die es eines Tages bekommen wird", einschließt, so sei jedem Alpha-Mädchen auch das gegönnt.

Doch mit Feminismus, dieser Einspruch sei erlaubt, hat das nur insofern zu tun, als man willens ist, Feminismus als Brevier eines - Vorsicht, jetzt kommt es! - neoliberalen Programms des "Jede ist ihres eigenen Glückes Schmied" zu verstehen. Zwar gibt sich der F-Klassen-Feminismus stark und kämpferisch; der Kampf indes ist ein individueller, jede Frau nimmt es mit den Widrigkeiten, die ihrer Gleichberechtigung im Wege stehen, alleine auf.

Feminismus aber, auch dieser Hinweis sei erlaubt, ist eben nicht nur ein Wort des Privaten; schon gar nicht ein Wort individuell zu erreichenden Glücks. Feminismus ist vor allem ein Wort der Politik, insofern Feminismus sich mit Forderungen nach Umgestaltung der Geschlechterverhältnisse als Voraussetzung für das Streben nach Glück an die Polis, die politische Sphäre, richtet. Wer Feminismus aber auf das individualisierte Streben nach Glück reduziert, ohne nach den Bedingungen zu fragen, wie welche ihr Glück machen können, und zugleich dessen politische Seite notorisch auf ein Programm der moralischen Maßregelung von F-Klässlerinnen reduziert, hat schon verkannt, dass Emanzipation bereits im Ansatz vereitelt ist, wo sie als ein solches Privatprojekt missverstanden wird.

Die Radikalität des heute "alt" oder "traditionell" genannten Feminismus der zweiten Welle bestand dagegen genau darin, besides zu sein: ein Projekt der politischen Emanzipation und der privaten Befreiung, ein Projekt von Gleichheit und Freiheit. Denn das eine, das wusste Audre Lorde so gut wie Monique Wittig, Judith Butler so gut wie Christina Thürmer-Rohr, ist ohne das andere nicht zu haben: Freiheit nicht ohne

Gleichheit, diese wiederum nicht ohne Gerechtigkeit und individuelle Autonomie nicht ohne gesellschaftliche Bedingungen, die Freiheit ermöglichen.

Der feministische Clou, wenn man so will, besteht also gerade darin, sowohl die Bedingungen freizulegen, die Handeln ermöglichen oder verhindern, als auch politisch für die Erweiterung von Handlungsmöglichkeiten aller Frauen zu streiten - auch der "sprichwörtlichen Aldi-KassiererIn oder der noch sprichwörtlicheren polnischen Putzfrau", die Katja Kullmann bemühte.

Dabei ging und geht es nicht darum, alle Frauen über einen Kamm zu scheren. Gabi Mustermann ist eine Erfindung der Bundesdruckerei, nicht der Frauenbewegung. Warum die abgestandenen antifeministischen Klischees immer wieder beleben? Längst klar ist doch, dass das Versprechen, Politik im Namen "der Frauen" sei machbar, ohne dass dabei Ausschlüsse produziert würden und ohne dass zudem der vermeintlich alle Frauen einschließende Feminismus letztlich doch nur eine spezifische Gruppe von Frauen meint, der Vergangenheit angehört. Denn was Feminismus letztlich immer gewusst hat, was heute aber dringlicher denn je dessen Leitlinie sein muss, ist die Einsicht, dass Geschlechterverhältnisse nicht unabhängig von anderen gesellschaftlichen Teilungsverhältnissen verstanden und verändert werden können. Dafür braucht es viele unterschiedliche Stimmen, viel Bewegung und Widerstreit.

Auch die F-Klasse mag in einem solchen Projekt unterkommen. Sie sollte sich allerdings stets als das ausweisen und als das verstanden werden, was sie ist: ein Spartenprojekt für jene, die von gesellschaftlichen Be- und Verhinderungen nichts wissen wollen.

Quelle: taz von 04.09.2007

Glosse von Luise F. Pusch

Mutter-Witze

Vor ein paar Tagen schrieb mir meine Freundin Marlis: Ich hab heute meinen Au-

gen nicht getraut - Feuilleton ZEIT Nr.3, 13.1.11, S.37; ein Artikel von Peter Küm- mel über die Witzkultur der Jugendlichen (=Bürschlein, wie sich am Ende heraus- stellt). Es geht um die sog. Mutter-Witze, über deren extreme Frauenfeindlichkeit der Autor kein einziges Wort verliert.

Ich wollte mich ihrem Protest gleich an- schließen und einen erbosten Leserinnen- brief an die ZEIT schreiben, fand aber hier in Boston auf die Schnelle kein Print- Exemplar, und online fand ich den Artikel (noch?) nicht.

Deshalb schreibe ich heute eine Glosse über diese Mutter-Witze (von denen ich bis dahin noch nichts wußte), damit Leserinnen in Deutschland die ZEIT mit massivem Protest bewerfen.

Die „Witzkultur“ der Bürschchen tobt sich im Internet auf vielen Mutterwitze-Seiten aus, mindestens schon seit 2008. Gründ- lich habe ich das nicht recherchiert, weil die Beschäftigung mit diesen extrem frauen- feindlichen Zoten nicht nur die gute Laune verdirbt, sondern auch ungesund für die weibliche Galle ist, die bei der Lektüre dauernd hochkommt.

Jede, die mag, kann im Internet sofort fün- dig werden. Hier nur drei Beispiele von Tausenden, zum Abgewöhnen:

Deine Mutter ist wie eine Flinte, sie wird immer von hinten geladen!

Deine Mutter kackt vorn Aldi, weil außer Tür “Drücken” steht!

Deine Mutter ist so fett die benutzt ne Mat- ratze als Tampon!

Inhaltlich drehen sich diese pubertären Sprüche überwiegend um Sexualität, Fäka- lien oder Fettleibigkeit - die drei großen Tabus unserer Kultur also. Da die Sprüche kurz sind, eignen sie sich prächtig zur Ver- breitung auf Twitter und per SMS. Das ist wohl auch das einzig Neue an ihnen, die rasante Verbreitung „dank“ der neuen Me- dien.

Aufschlussreich ist, dass es immer „deine Mutter“ heißt, nie „meine Mutter“. Durch die Beleidigung der Mutter des Angesproche- nen soll dieser selbst getroffen werden. Anscheinend trifft die Beleidigung der Mut- ter des Gegners in dieser „Kultur“ noch empfindlicher als die Beleidigung des Geg- ners selbst.

Das ist innerhalb der Machokultur keines- wegs neu. Frühere Generationen haben

diese brisante Gefühlslage kodifiziert in Schimpfwörtern wie „Hurensohn“, „son of a bitch“ und „motherfucker“.

Daraus folgt, dass die extreme Frauen- feindlichkeit der Sprüche letztlich auf einer tiefen Verehrung der Mutter gründet. Die eigene Mutter ist unantastbar, mit ihrer Eh- re steht und fällt die Ehre ihres Sohnes, und wer sie verleumdet, verletzt damit sei- ne Ehre und trifft wirklich. Das tröstet uns allerdings kaum, zumal die kulturtypische Verachtung aller Frauen außer der eigenen Mutter sich in den “Deine-Mutter“-Zoten hemmungslos austobt. Dass es keine ent- sprechenden “dein-Vater-Witze“ gibt, die das männliche Geschlecht als solches her- untermachen, zeigt, dass die Mutter-Zoten von Männern stammen. Jede Untersu- chung der Schimpfwörter einer Sprache bringt dasselbe Ergebnis: Da die Zahl der Schimpfwörter gegen Frauen so viel höher ist als die der Schimpfwörter gegen Män- ner, ist es nicht schwer, die Verantwortli- chen für den Verbalschmutz auszumachen.

Der Mann spaltet die Frau auf in die „Heili- ge“ (Mutter) und die „Hure“, findet sich in der selbstgebastelten Wirklichkeit nicht zu- recht, schmiert manisch-sinnlos herum und macht - im Vergleich zur Frau, die keine „Dein-Vater-Witze“ produziert - wieder mal eine sehr schlechte Figur als Primitivling par excellence.

Luise F. Pusch am 17.01.2011

© 2007 Fembio e.V.

<http://www.fembio.org>

Netzwerke/Aktionen Resolutionen

Anhörung zur Entgeltgleichheit im Bundestag

In einer öffentlichen Anhörung im Bundes- tag fordern die Grünen, die FDP und die Linkspartei endlich eine wirksame Durch- setzung der Entgeltgleichheit von Männern und Frauen. Denn Fakt ist: Frauen verdi- enen in Deutschland im Schnitt 22 Prozent weniger als Männer. Obwohl sie gleichwer- tige Arbeit leisten und obwohl Arbeitgeber eigentlich durch eine Reihe rechtlicher Re- gelungen zur Herstellung der Entgelt-

gleichheit zwischen Männern und Frauen verpflichtet sind. Trotzdem hält sich kaum jemand an diese Vorgaben. Damit soll nun endgültig Schluss sein. Das fordern die DGB Gewerkschaften bereits seit langem.

Schlechtes Zeugnis für Deutschland im EU-Vergleich

1957 wurde von mehreren Europäischen Staaten erstmals festgelegt, dass Männer und Frauen für gleiche Arbeit auch gleich bezahlt werden müssen. Mit dieser Bestimmung in den sogenannten Römischen Verträgen nahm die EU eine weltweite Vorreiterrolle in Sachen Gleichberechtigung ein.

Zu spüren ist davon kaum etwas: Auch 51 Jahre nach der Unterzeichnung existiert in jedem europäischen Land eine deutliche Lohnschere zwischen Männern und Frauen. Deutschland belegt in dieser Statistik einen traurigen Spitzenplatz. Frauen verdienen hierzulande durchschnittlich etwa ein Viertel weniger als ihre männlichen Kollegen, während dieser sogenannte „Gender Pay Gap“ im EU-Durchschnitt 15 Prozent beträgt. Diese Lohnlücke hält sich, trotz der deutlich verbesserten Bildung von Frauen und einem allgemeinen gesellschaftlichen Wandel hin zu mehr Gleichstellung, hartnäckig und vergrößerte sich in Deutschland in den letzten Jahren sogar leicht.

Experten benennen vielfältige Ursachen für die geschlechtsspezifische Lohndiskriminierung. Sie reichen von offener Diskriminierung über die Familienplanung bis hin zu Schwierigkeiten, entsprechende Klagen vor Gericht durchzusetzen.

Die Forderungen der Parteien im Überblick

Die beiden Regierungsparteien SPD und CDU wissen zwar um die Problematik, dass Frauen in Deutschland immer noch viel zu wenig verdienen, aber sie präsentieren in ihren Programmen keine ernst zu nehmenden Lösungsvorschläge. Die SPD konzentriert sich vor allem auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und die CDU macht die vage Versprechung, sich an die Römischen Verträge halten zu wollen.

Die Oppositionsparteien fordern mehr Engagement von der Bundesregierung und präsentieren eigene Lösungsvorschläge: Die FDP und die Grünen fordern unter anderem eine gelebte Geschlechtergerech-

tigkeit im öffentlichen Dienst, die als Vorbild für ein familiengerechtes und diskriminierungsfreies Arbeitsleben für andere Branchen dienen soll. Außerdem sollen laut FDP auch für Führungskräfte Teilzeitmodelle erarbeitet werden, damit Teilzeitbeschäftigte nicht von vornherein vom beruflichen Aufstieg ausgeschlossen werden. Zusätzlich fordern die Liberalen, ebenso wie die Linkspartei, eine Verlängerung des Elterngeldes auf 14 Monate und eine bessere Förderung der Kinderbetreuung und -pflege. Außerdem setzt sich die FDP für die Abschaffung des sogenannten Ehegattensplittings im Steuerrecht ein. Dadurch werden Frauen motiviert, Niedriglohnjobs anzunehmen oder gänzlich zu Hause zu bleiben, während der Mann ganz altmodisch als Ernährer der Familie gefördert wird.

Die Grünen und die Linkspartei fordern eine umfassende flächendeckende Mindestlohn-Regelung, denn 70 Prozent aller Niedriglohnbeschäftigten sind Frauen. Die Grünen setzen sich zusätzlich für ein Verbandsklagerecht ein, so dass diskriminierte Frauen im Schutz einer Gruppe und nicht mehr allein vor den Richter treten können. Ähnlich wie die FDP fordern die Grünen alle drei Jahre umfassende Studien und letztlich auch eine bessere finanzielle Ausstattung der Antidiskriminierungsstelle des Bundes. Die Linke tritt zusätzlich für neue Gesetze ein, die zum Einen die Tarifvertragsparteien verpflichten sollen, diskriminierende Entgelte abzubauen und zum Anderen soll ein Grundsatz zur Entgeltgleichheit bei gleicher Arbeit festgeschrieben werden. Zusätzlich wollen sie ein Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft etablieren und das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz an die europäischen Mindestvorgaben anpassen.

DGB-Gewerkschaften fordern zusätzliche Maßnahmen

Bei der öffentlichen Anhörung am Mittwoch werden alle Vorschläge von Experten und Expertinnen geprüft und auf deren Umsetzbarkeit und Nützlichkeit bewertet. Der Deutsche Gewerkschaftsbund begrüßt zwar den Vorstoß der Oppositionsparteien, fordert aber zusätzliche Maßnahmen, um die Lohndiskriminierung von Frauen wirksam zu bekämpfen.

In tarifgebundenen Unternehmen ist der Verdienstunterschied zwischen Männern und Frauen geringer. Daher fordern die Gewerkschaftsfrauen der DGB-Tarifgemeinschaft die Einführung von weiteren Flächentarifverträgen. Unterbrechungszeiten aufgrund von Familienplanungen müssen aufgewertet und sowohl als Betriebszugehörigkeit als auch als Berufsjahre anerkannt werden. Außerdem setzt sich der DGB für mehr Frauen in Aufsichtsräten ein. Studien haben gezeigt, dass Frauen in Aufsichtsräten positiv das Lohnniveau der beschäftigten Frauen im Unternehmen beeinflussen. Entgeltgleichheit und auch Kündigungsschutz sollen nach Ansicht des DGB im Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz umfassender und den EU-Vorgaben entsprechend definiert werden. Zusätzlich zu allen Maßnahmen fordern die Gewerkschafterinnen eine Etablierung von allgemeinen Kriterien zur Arbeitsbewertung. Geeignete Arbeitsbewertungssysteme erarbeiten und fordern die Gewerkschaften bereits seit Jahren, um in Betrieben, Verwaltungen und Organisationen ein diskriminierungsfreies Lohnsystem aufzubauen. Diskriminierungsfreie Vergleichsmodelle sorgen dafür, dass die Arbeitsleistung unabhängig vom Geschlecht bewertet werden kann. Öffentliche Gehaltsstatistiken sollen außerdem für mehr Transparenz bei der Entlohnung sorgen. Es ist ein trauriges Zeugnis für eine Demokratie wie Deutschland, dass gut ausgebildete Frauen immer noch ein Viertel weniger verdienen als ihre männlichen Kollegen. 51 Jahre nach den Römischen Verträgen müssen endlich faire Arbeitsbedingungen für Frauen geschaffen werden. Gleichstellung darf nicht nur auf dem Papier stehen.

Weitere Informationen und Materialien erhalten Sie auf der Webseite des zuständigen Ausschusses des Bundestages

www.entgeltgleichheit.de

**Aufruf an die Frauen in Tunesien,
Ägypten, Jordanien und
anderen arabischen Ländern.**

Von Mina Ahadi

Liebe Schwestern!

Ich schreibe diesen Aufruf im Namen von Millionen Frauen im Iran, im Irak und in Afghanistan. Insbesondere aber schreibe

ich diesen offenen Brief im Namen von Millionen Frauen aus dem Iran, die seit mehr als dreißig Jahren die systematische Unterdrückung und Entrechtung durch einen islamistischen Gottesstaat am eigenen Leib erfahren.

Unser Schicksal liest sich wie ein aufgeschlagenes Buch und enthält für Euch eine zentrale Lehre: Widerstrebt den Bemühungen der islamistischen Kräfte in Euren Ländern, an die Stelle der alten Diktatoren zu treten und Euch unter das Joch der Scharia zu zwingen.

In Euren Ländern sind große Teile der Bevölkerung auf die Straße gegangen, um gegen die Fortexistenz der diktatorischen Regime zu protestieren.

Damit wurde ein revolutionärer Prozess ausgelöst, in dessen Zentrum der Kampf gegen schreiende soziale Gegensätze, Korruption, Gewalt, Menschenrechtsverletzungen und Folter, für demokratische Grundrechte und Freiheiten steht.

Damit zielt Eure Revolution auf einen Übergang von autokratischen Verhältnissen in eine moderne Gesellschaft ab, in der demokratische Verfassungsgrundsätze wie die wirkliche Trennung von Religion, Staat, Recht und Privatsphäre gelten, wo das Prinzip der Volkssouveränität sowohl das Prinzip der despotischen Willkürherrschaft als auch das Prinzip der diktatorischen Gottessouveränität überwindet.

Es darf nicht noch einmal passieren, dass wie im Iran der Sturz des autokratischen Schahregimes letztendlich von den Islamisten gekapert wird. Dort wurde die Aufstandsbewegung von den Gottesfanatikern Khomeinis zunächst allmählich infiltriert und hegemoniert und schließlich abgewürgt, während die säkularen Akteure am Ende massakriert wurden. Der tunesische Islamistenführer Rached Ghannouchi gibt sich nach seiner Rückkehr aus dem französischen Exil „moderat“ und sagt: „Ich bin nicht Khomeini.“ Aber auch Khomeini, der ebenfalls aus Paris in den Iran zurückkehrte, erklärte zunächst nonchalant, dass er für die Gleichberechtigung der Frauen sei. Als er dann aber die Macht erobert hatte, richtete sich sein erster Schlag gegen die Frauen. Auch in Ägypten halten sich die Muslimbrüder fast schon auffällig zurück und schieben zunächst El Baradei als Übergangsperson vor.

Liebe Schwestern!

Die blutige Unterdrückung der iranischen Protestbewegung gegen die manipulierten Wahlen vom Juni 2009 hat erneut die barbarische Gewalttätigkeit der islamistischen Kräfte unter Beweis gestellt. Allein im Januar 2011 hat das islamistische Regime im Iran 102 Menschen hingerichtet. Darunter war auch die Holländerin Zahra Bahrami, über die das Regime verlautbaren ließ, die holländische Regierung müsse dankbar dafür sein, dass eine Drogenhändlerin hingerichtet worden sei. Tatsächlich aber war Zahra Bahrami wegen des Besuchs ihrer Kinder im Iran und hatte während dieses Aufenthalts an einer Protestkundgebung gegen das islamische Mörderregime im Iran teilgenommen. So also sieht Islamismus aus, wenn er die Macht innehat und nicht mehr taktische Täuschungsmanöver ausführen muss. Islamismus an der Macht bedeutet brutalste Frauenunterdrückung und Errichtung eines religiösen Volksgefängnisses mit mittelalterlichen Zügen. Deshalb möchte ich Euch eindringlich darauf hinweisen: Lasst den Islamisten keine Chance! Islamische Organisationen sind Gift für Eure Bewegung! Wir Frauen aus dem Iran haben umfangreiche Erfahrungen mit der barbarischen islamistischen Bewegung, die beständig Steinigung, Hinrichtung, Kopftuchzwang und Erniedrigung auf ihre Tagesordnung setzt. In diesem Sinne wünschen wir Euch alles Gute und übermitteln Euch unsere solidarischen Grüße

Mina Ahadi, International Committee against Execution, International Committee against Stoning

Email: minaahadi@aol.com

Tel: 0049 (0) 1775692413

http://notonemoreexecution.org

ASF: Kristina Schröders Politik schadet den Frauen in Deutschland

Bundesministerin Kristina Schröder hat in einem Interview mit der ZEIT zur Frauenquote frauenpolitisches Handeln in einen Zusammenhang mit "sozialistischer Bevormundung" und "staatlichem Versuch, Menschen umzuerziehen" gestellt. Hierzu erklärt die Bundesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (ASF), Elke Ferner:

Wenige Tage vor dem Internationalen Frauentag lässt Ministerin Schröder erneut ihre Maske fallen.

In dem ZEIT-Interview wiederholt sie ihre Vorschläge für einen unverbindlichen Stufenplan für mehr Frauen in Führungspositionen. Im weiteren Verlauf des Gespräches diffamiert sie andere Überlegungen für eine effektive gesetzliche Quotenregelung als "staatliche Zwangsbeglückung" oder "starre Einheitsquote". So weit, so bekannt.

Schließlich versteigt sie sich zu abstrusen weltanschaulichen Debatten. Sie wendet sich "gegen den staatlichen Versuch, Menschen umzuerziehen" und gegen "sozialistische Bevormundungen".

Es ist empörend, mit welchen Begriffen die Ministerin um sich wirft. Umerziehung gehörte zum Alltag der DDR, zum Beispiel in Jugendheimen, in denen Zwang, Gewalt und Drill gegen junge Menschen ausgeübt wurde. Dies in einen Zusammenhang zu setzen mit Frauen- und Gleichstellungspolitik ist unerhört. Damit bereitet sie auch den Boden für den "Geschlechterkampf von rechts".

Geschlechterquoten für Führungspositionen sind kein Ziel, sondern ein Mittel zum Zweck. Während Norwegen, Frankreich, Spanien und Österreich erkannt haben, dass nur verbindliche, nicht freiwillige Vereinbarungen zu mehr Frauen in Führungspositionen führen, tritt die schwarz-gelbe Bundesregierung gleichstellungspolitisch auf der Stelle.

Anstatt Plattitüden und dummes Geschwätz von sich zu geben, sollte die Ministerin ihrer Aufgabe als Frauenministerin endlich gerecht werden. Schon bei Themen wie Rassismus und Feminismus ist sie gescheitert. Frau Schröder will nicht Frauenpolitik im 21. Jahrhundert gestalten, sie pflegt und hegt ihr konservatives Weltbild – zum Schaden der Frauen in Deutschland.

Attac: Geschlechterpolitik der Bundesregierung ein Armutszeugnis Sparpolitik betrifft Frauen anderes als Männer

Anlässlich des 100. Internationalen Weltfrauentages hat die Gender-Arbeitsgruppe des globalisierungskritischen Netzwerks Attac der Bundesregierung ein geschlechterpolitisches Armutszeugnis ausgestellt.

"Gerade was die wirtschaftliche und ökonomische Gleichstellung betrifft, sind sowohl die Bilanz als auch die Perspektive ernüchternd", sagte Julia Roßhart von der Attac-Gender-AG. Beispielhaft dafür sei, wie wenig die Bundesregierung gleichstellungspolitische Verabredungen auf EU-Ebene berücksichtigt: Nach den Vorgaben des "Gender Budgeting" müssen bei allen haushaltspolitischen Entscheidungen die unterschiedlichen Auswirkungen von öffentlichen Einnahmen und Ausgaben auf Frauen und Männer ermittelt werden. Dies geschieht in Deutschland jedoch nicht.

Eine Folge: Die politischen Maßnahmen in Reaktion auf die Finanz- und Wirtschaftskrise betreffen Frauen in anderer Weise als Männer. So hängt es als Folge der europaweiten Sparmaßnahmen zunehmend vom eigenen Geldbeutel ab, welche Krankenversorgung und Pflege die Menschen sich leisten können. Wer wenig Geld hat, ist verstärkt auf familiäre oder besonders kostengünstige Unterstützung angewiesen. "Diese Sparpolitik hat klare Auswirkungen auf die Geschlechterverhältnisse, denn Familienarbeit und Pflege werden nach wie vor hauptsächlich von Frauen geleistet", stellte Deborah Ruggieri fest, ebenfalls Mitglied der AG. Darüber hinaus kritisierte die Attac-AG, dass die meisten zukunftsorientierten Denkmodelle geschlechterpolitische Perspektiven vermissen lassen. Deborah Ruggieri: "Die wichtigen wirtschafts- und finanzpolitischen Entscheidungen werden nach wie vor von einer homosozialen männlichen Elite getroffen." Die einseitige Besetzung der Bundestags-Enquete-Kommission "Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität" mit ausschließlich männlichen Sachverständigen sei dafür nur ein Beispiel unter vielen. Die Attac-AG betonte, dass der Internationale Frauentag immer auch für die Erfolge der Frauenbewegung stehe und dafür, dass Verhältnisse veränderbar seien. Julia Roßhardt: "Es ist eine große Herausforderung, die Zukunft geschlechtergerecht, sozial und ökologisch nachhaltig zu gestalten. Globale und geschlechterpolitische Analysen dürfen in der Ökonomie nicht länger ein Schattendasein fristen!"

*Pressemitteilung der Gender-AG von Attac
Deutschland*

<http://www.attac-netzwerk.de/gender-ag>

Antisexistische Bierdeckel

Anlass:

Wieder einmal wurde eine Frau vergewaltigt. Obwohl sie sich schon in ein Taxi gerettet hatte, zerpte der Täter sie wieder heraus – für den Taxifahrer kein Grund zu helfen, er fuhr einfach davon. Die Frau flüchtete weiter durch die halbe Innenstadt, doch niemandem schien etwas auffällig genug, um zu helfen.

Später wurde bekannt, dass die Belästigungen durch den Täter bereits in einer Kneipe begonnen hatten, weshalb die Frau die Kneipe verließ. Auch hier hatte aber offenbar keineR der anderen Gäste den Vorfall zum Anlass genommen, um einzuschreiten.

Dieser Fall geschah in Göttingen und wurde zufällig durch die lokalen Medien öffentlich, denn die Frau war so mutig und erstattete Anzeige. Doch es ist bekannt, dass die Dunkelziffer bei sexuellen Übergriffen und Vergewaltigungen deutlich höher ist, als es in offiziellen Statistiken geführt wird.

Der geschilderte Vorgang ist – obwohl ein Einzelfall – leider keine Ausnahme. Nicht nur, dass er sich so oder so ähnlich in jeder anderen Stadt hätte abspielen können. Tatsächlich nimmt eine nicht unerhebliche Zahl (ca. ein Drittel) aller Vergewaltigungen in der Öffentlichkeit ihren Anfang – Gaststätten und Kneipen gehören dazu. Nicht ungewöhnlich ist auch, dass sexuelle Belästigungen und Übergriffe zwar in öffentlichen Räumen vorkommen, eine Reaktion oder Intervention der anwesenden Dritten aber meist nicht erfolgt. Dies auch, wenn Übergriffe im wahrsten Sinne offensichtlich sind.

So bleibt die allorts geforderte gesellschaftliche Zivilcourage auch für den Bereich sexuelle Gewalt eine leere Formel. Obwohl in der Öffentlichkeit Vergewaltigungen einvernehmlich und in aller Deutlichkeit verurteilt werden, werden konkrete Situationen, die ein Handeln erforderlich machen (könnten), meist als uneindeutig und mit nur geringem Aufforderungscharakter erlebt. Dies nicht zuletzt, weil übergriffiges Verhalten gegenüber Frauen nur selten von anwesenden Dritten überhaupt als solches bewertet wird. Die heterosexuelle Matrix legt nämlich nahe, dass Frauen und Männer in ihrer angeblich ganz be-

stimmten Art für einander bestimmt seien und ihre Umgangsweisen ausschließlich zu ihrer Privatsphäre gehören sollten. Sexuelle Belästigungen und Übergriffe von Männern sowie abweisende Reaktionen der Frauen werden sogar häufig als gewöhnliches Flirtitual abgetan. Doch auch wenn übergriffiges Verhalten als „zu weit gehend“ erlebt wird, bleibt die Bereitschaft, sich noch während dieses Vorfalles zu positionieren und gegebenenfalls einzumischen, in der Regel aus – manchmal vielleicht auch aus Unsicherheit.

Ziele

Mit der Kampagne wollen wir einen Beitrag leisten, für das Thema sexuelle Übergriffe gegen Frauen in öffentlichen Räumen - und möglicherweise folgende Vergewaltigungen - zu sensibilisieren sowie das Auftreten und die Duldung sexueller Gewalt gegen Frauen zu reduzieren.

Durch Hinweise sollen Reflektionen angeregt werden, welche Verhaltensweisen gegenüber Frauen bereits Übergriffe darstellen (können). Daneben soll die Kampagne durch die beispielhafte Nennung von Handlungsoptionen ermutigen und auffordern, sich frühzeitig in sexuell übergriffige Situationen einzumischen – insbesondere indem die belästigte Frau angesprochen und ihr ggf. Hilfe angeboten wird. Ziel ist es, in die herrschende Toleranz von sexueller Gewalt gegen Frauen zu intervenieren.

Die Kampagne spricht bewusst die klassische Rollenzuweisung "Täter = Männer" und "Opfer = Frauen" an, obwohl sexualisierte Gewalt auch jenseits solcher Geschlechterzuschreibungen in vielfältigen Formen ausgeübt und erfahren wird. Durch eine gezielte Konzentration auf einen wesentlichen Bereich gesellschaftlicher Realität und durch den Verzicht auf weitere Differenzierungen soll in der vorliegenden Kampagne die Prägnanz und damit die Wirksamkeit des Materials erhöht werden.

Methode und Material

Indem Bierdeckel mit antisexistischem Inhalt in Gaststätten und Kneipen eingesetzt werden, können die Themen Vergewaltigung und sexuelle Übergriffe genau an diejenigen Orte gebracht werden, um die es uns mit dieser Kampagne geht. Mit Hilfe des Comic-Designs soll sich das ernste

Thema in verschiedene Kneipenkontexte leichter einbinden lassen.

Die Bierdeckel sollen irritieren ohne zu verunsichern oder zu verschrecken. Sie sollen Anlass für ein Gespräch zum Thema sein ohne sich massiv aufzudrängen. Sie sollen niedrigschwellig ansprechen ohne auf Sachlichkeit zu verzichten.

Bierdeckel-Vorderseite

Die Vorderseite des Bierdeckels ist jeweils mit einem von vier verschiedenen Comic-Motiven bedruckt. Die Themen stellen – teils uneindeutig hinsichtlich des Bedrohungspotentials – Szenen im Kneipenkontext dar, bei denen jeweils eine Frau sexuell belästigt oder Opfer eines Übergriffs wird oder werden könnte. Eine ebenfalls anwesende dritte Person dient als Identifikationsfigur, die die Situation interpretiert oder bereits interveniert. Die Motive wurden exklusiv für diese Kampagne von Ka Schmitz (www.ka-comix.de) gezeichnet.

Bierdeckel-Rückseite

Auf der Rückseite der Bierdeckel werden durch einen einheitlichen Text die Comic-Szenen klar in einen antisexistischen Kontext gestellt. Kurz wird das Problem von sexualisierter Gewalt beleuchtet, die nicht immer trennscharf zu alltäglich beobachtbaren Umgangsformen zwischen Männern und Frauen abgebildet werden kann. Die LeserInnen sollen durch wenige Impulse auch für ambivalente Signale und niedrigschwellige Übergriffe, die in Einzelfällen auch in Vergewaltigungen münden können, sensibilisiert werden. Auch wird auf die Notwendigkeit zur Intervention durch Dritte verwiesen, falls sie eine sexuelle Belästigung wahrnehmen oder eine entsprechende Eskalation vermuten. Der Text endet mit einem eindeutigen Appell an die LeserInnen, sich angesprochen zu fühlen, Verantwortung zu übernehmen und sich gegebenenfalls angemessen einzumischen – auch wenn das bisher für sie ungewohnt war.

Bierdeckel-Umrandung

Auf der Vorder- und Rückseite des Bierdeckels laufen als einheitliche Umrandung Beispiele für Interventionen und Handlungsoptionen. Die Zusammenstellung soll anregen, eine situationsangemessene Intervention zu wählen und dabei auch kreativ zu sein. Die Beispiele sollen neben den Comics auch ermutigen, gegebenenfalls entschlossen vorzugehen. Die Hintergrund-

farbe der Umrandung auf der Rückseite entspricht jeweils der auf der Vorderseite.

No Label und Copyleft

Auf den Bierdeckeln befindet sich bewusst kein Label oder Hinweis, von wem die Bierdeckelkampagne konzipiert wurde. Nicht zuletzt auf diese Weise soll es vielen anderen Basisinitiativen, Gruppen und Institutionen erleichtert werden, diese Kampagne zu unterstützen und zu ihrer eigenen zu machen. Es geht um Inhalte und nicht um Werbung für ein bestimmtes Projekt gegen sexuelle Gewalt an Frauen.

Dieses Konzept sowie die graphischen und Textelemente der Bierdeckel unterliegen der GNU Free Documentation License, Version 1.1 (vgl. www.gnu.org/copyleft/fdl.html) und dürfen frei verwendet, kopiert, geändert und weiterverbreitet werden unter Angabe der jeweiligen Autorin, des Titels und der Quelle.

Kosten und Bestellung

Bierdeckel dieser Kampagne können bei unten genannten Kontakten bestellt werden. Bei der bestellten Menge sind später die vier Comic-Motive von der Anzahl her gleich verteilt (d.h. bei 10000 bestellten Bierdeckeln 2500 mit Motiv 1, 2500 mit Motiv 2...).

Da die Kampagne überregional beworben wird, hoffen wir, bei der Druckerei über die hohe Stückzahl die niedrigsten Stückproduktionskosten zu erreichen. Dies wären voraussichtlich 0,06 Euro pro Bierdeckel. Neben den Produktionskosten berechnen wir dann zusätzlich noch die jeweiligen Versandkosten.

Fragen oder Bestellungen bitte an: Initiative „antisexistisch kneipen“, c/o Buchladen Rote Straße, Nikolaikirchhof 7, 37073 Göttingen. antisexistischkneipen@web.de

Frauensicherheitsrat fordert Unterstützung für ägyptische Frauen

Bundesaußenminister Guido Westerwelle und Bundesentwicklungsminister Dirk Niebel sind heute zu politischen Gesprächen in Ägypten eingetroffen. Der Frauensicherheitsrat begrüßt es, dass Niebels Ministerium kurzfristig einen regionalen Fonds aufgelegt hat, mit dem deutsche Parteistiftungen Projekte zur Demokratieförderung finanzieren können.

In einem Schreiben an die Bundesregierung und die politischen Stiftungen bittet der Frauensicherheitsrat jedoch eindringlich darum, „kurzfristig so viele Ressourcen wie möglich für Frauenrechtlerinnen im arabischen Raum zur Verfügung zu stellen. Denkbar wäre etwa die kurzfristige Organisation und Finanzierung einer Strategiekonferenz in Kairo zur Sicherung der Frauenrechte in Ägypten, Tunesien und anderswo durch die politischen Stiftungen.“

Der Frauensicherheitsrat, ein seit 2003 existierendes parteiübergreifendes Netzwerk von Friedensforscherinnen und Friedensaktivistinnen, erinnert daran, dass das ägyptische Militär eine enge Frist zur Überarbeitung der Verfassung gesetzt hat. Er erinnert auch an die von 63 Frauen- und Menschenrechtsorganisationen unterzeichnete Petition des Egyptian Center for Women's Rights (ECWS), in dem kritisiert wird, dass dem vom Militär eingesetzten Verfassungskomitee nur alte Männer angehören und zahlreiche im Land lebende Juristinnen und Verfassungsrechtlerinnen ausgeschlossen wurden.

Weiter heißt es in dem Schreiben: „Auch wir denken, dass dies nicht akzeptabel ist. Erstens wird die breite Bewegung, die auf dem Tahrir-Platz wesentlich von Jugendlichen und Frauen getragen wurde, damit nicht repräsentiert. Zweitens weisen wir nochmals nachdrücklich auf die auch für die arabischen Staaten völkerrechtlich verbindliche Resolution 1325 des UN-Sicherheitsrates vom Oktober 2000 hin, der die gleichberechtigte Einbeziehung von Frauen auf allen Ebenen von Friedensprozessen und in Übergangsregierungen fordert.“

Man kann unterschiedlicher Auffassung sein, ob in Ägypten und den anderen arabischen Gesellschaften eine Machtübernahme durch islamistische Kräfte droht oder nicht droht. Fest steht jedoch: Ein wichtiger Schutz gegen eine solche Islamisierung sind Frauenrechte und hohe(!) Frauenquoten. Je mehr Frauen in staatlichen Institutionen vertreten sind, desto weniger Aussicht auf Erfolg hat der Entzug ihrer Menschenrechte, der meistens den ersten Punkt auf der Agenda von Radikalislamisten darstellt.“

Für Nachfragen: Dr. Ute Scheub, Tel. 030-813 1018

www.frauensicherheitsrat.de

**Wien: EIN LAUTES NEIN
zu automatischer, rückwirkender
gemeinsamer Obsorge**

Liebe FrauenLesben, geschätzte Frauenrechtlerinnen!

Es brennt der Hut!

Wegen der frauenfeindlichen Pläne der erzkonservativen Justizministerin, Mag. Bandion-Ortner und ihren BeamtInnen/MitarbeiterInnen, die die gesetzliche Obsorge der Eltern über Kinder nunmehr AUTOMATISCH und vor allem auch RÜCKWIRKEND an BEIDE Eltern bei Trennung oder Scheidung anschaffen will! Bandion-Ortner missbraucht den Begriff „Kindeswohl“ und führt eine NACHHALTIGE VERSCHLECHTERUNG der Situation von getrennt oder geschieden lebenden Frauen herbei, weil angeblich jeder Vater so immens wichtig ist für „das Kind“.

AUTOMATISCH bedeutet, dass vor allem in strittigsten Fällen, wo vielfach auch Männergewalt oder sogar Missbrauch/Vergewaltigung von Kindern durch Väter im Spiel ist, trotzdem das Recht der Obsorge an diesen Elternteil AUTOMATISCH verliehen werden soll. Und erst wieder entzogen werden muss – also keine Vereinfachung, sondern Verkomplizierung der Umstände darstellt!

RÜCKWIRKEND bedeutet, dass für bereits geborene Kinder mit diesem Gesetz biologischen Vätern diese Obsorgeregelung zugutekommen soll. Dies bedeutet nach Einschätzung der Rechtsexpertin in Sachen Familienrecht, der Anwältin Dr. Helene Klaar, „einen Tsunami an Anträgen mit Inkrafttreten dieses Gesetzes“. Also genau das Gegenteil von dem, was angeblich mit der Änderung angestrebt wird, nämlich Einsparungen bei den Gerichten.

Verpflichtungen der Väter, sich tatsächlich um's Kind zu sorgen, bringt dieses Gesetz klarerweise nicht mit sich, sondern es zementiert heterosexistische Zustände.

Es ist empörend, aber keinesfalls verwunderlich, dass eine gut organisierte und lau-

te Väterlobby nun das Rad der Zeit mit Hilfe der Justizministerin zu Lasten der Rechte und Bedingungen des realen Lebens von Frauen (und Kindern) zurückdrehen will – in die Verhältnisse VOR der österreichischen Familienrechtsreform der Siebziger, wo erstmals Frauen davon befreit wurden, vom männlichen Familienoberhaupt auch nach der Scheidung die Erlaubnis in diversen zivilrechtlich relevanten Belangen einholen zu müssen!

Die Erfahrungen mit derartigen Gesetzen in verschiedenen Ländern Europas sprechen eine deutliche Sprache. Frauen! Es ist höchste Zeit, Protest und Absagen an die Justizministerin samt ihren hohen BeamtInnen bzw. MitarbeiterInnen zu senden!

Bitte schließt Euch der Protestaktion an, Copy/Paste verwenden, auch umformulieren, dazuschreiben... ist möglich, und schickt die Mails und Briefe an die mitgelieferten Adressen (und darüber hinaus)! Im Attachment ist auch ein Schreiben an die Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek und Adressen von SPÖ- und Gewerkschaftsfrauen, MIT DER FORDERUNG, diesem fürchterlichen Gesetz keinesfalls zuzustimmen!

Frauen sind keine verschiebbare Masse, die dafür, dass sie ein enormes, unverzichtbares Ausmaß an Gratisarbeit für die Gesellschaft leistet, nun wieder unter die Knute von rabiaten Machos gestellt und unterdrückt werden soll.

Wir erwarten uns von der Frauenministerin, dass sie standhaft bleibt und nicht die Rechte von allen Frauen gegen das Bestehen der Koalition mit der absteigenden ÖVP einzutauschen!

Kein Fußbreit den Maskulisten – Schluss mit dem Trennungsofferquatsch der Rechten!

Feministische Grüße, FrauenLesben für das Selbstbestimmungsrecht der Frau – *eine Initiative im LFZ Wien, 1090 Wien, Währingerstrasse 59/Stiege 6*

einige Adressen für Eure e-mails:

SPÖ, Gewerkschaft:

gabriele.heinisch-hosek@bka.gv.at

Gisela.Wurm@spoe.at *Frauensprecherin*

SPÖ im NR

brigitte.adler@aknoe.at *Vize Präs AKNÖ*

christa.bogath@aknoe.at *Leiterin Frauenabteilung AKNÖ*

elisabeth.rolzhauser@oegb.or.at

*renate.csoergits@parlament.gv.at
Ingrid.MORITZ@akwien.or.at
irmtraut.karlsson@hippo.org
bra@ggs.magwien.gv.at Renate Brauner
sandra.frauenberger@wien.gv.at*

Hess Natur weiterführen, Übernahme durch Carlyle verhindern

Der Rüstungsinvestor Carlyle hat sich verstrickt: Eine Übernahme des öko-sozialen Textilunternehmens Hess Natur hinter dem Rücken der Öffentlichkeit wird ihm seit Dezember immer wieder durch pressewirksame Aktionen vermasselt. Doch ob er tatsächlich gänzlich vom Verkaufstresen verschwunden ist, bleibt ungewiss.

Fest steht: Niemand wird ergeben auf den (nächsten) renditeorientierten Großinvestor warten. Denn jetzt gilt es, selbst die Fäden in die Hand zu nehmen!

Werden auch Sie Mitglied der hnGeno - der Kooperative zur Weiterführung von Hess Natur. Damit ermöglichen Sie, das öko-faire Textilunternehmen Hess Natur gemeinsam demokratisch weiterzuführen! Werden Sie Teil eines Unternehmens, das Ökologie, faire Arbeitsbedingungen und nachhaltiges Wirtschaften zum Ziel hat und nicht die Spekulationsspielchen und Superrenditen einiger Weniger.

Und so geht's: Füllen Sie einfach eine unverbindliche Absichtserklärung aus (www.hnGeno.de/unsere-initiative/mitglied-werden/), dann erhalten Sie alle Unterlagen. Wir bitten alle Interessierten, nach Möglichkeit zwei Anteile oder mehr zu erwerben. Die Mitgliedschaft ist natürlich schon ab einem Anteil (250,- €) möglich!

Auf www.hnGeno.de - der Homepage der Genossenschaftsinitiative zur Weiterführung von Hess Natur - finden Sie außerdem ein Betriebsfortführungskonzept (<http://is.gd/3kJgmu>) und eine Liste mit Fragen und Antworten (FAQ) (www.hnGeno.de/info/faq/Link) zur Weiterführung von Hess Natur als Kooperative.

Hintergrund

Durch die Insolvenz des Mutterkonzerns Arcandor (ehemals Karstadt-Quelle) steht Hess Natur zum Verkauf. Der Pionierbetrieb im Bereich Naturtextilien und Sozialstandards ist wirtschaftlich gesund. Mitte

Dezember wurde bekannt, dass ausgerechnet Carlyle - einer der weltweit größten Rüstungs- u. Finanzinvestoren - sich gern mit dem alternativen Versandunternehmen schmücken würde. Doch bevor Hess Natur in den Einkaufskorb wanderte, hagelte es Boykott-Androhungen von fast 10.000 KundInnen!

Das Netzwerk Solidarische Ökonomie und die gleichnamige attac AG luden am 10. Januar nach Frankfurt ein, um ein demokratisches Alternativkonzept zur Weiterführung von Hess Natur vorzustellen. Der Betriebsrat von Hess Natur und erste KundInnen schlossen sich an, erste LieferantInnen meldeten ebenfalls Interesse an der Idee. Auch die Kampagne für Saubere Kleidung ist inzwischen Mitglied der Initiative. Die Gruppe wird u.a. von mehreren ExpertInnen des Zentralverband deutscher Konsumgenossenschaften und der innova eG juristisch und ökonomisch begleitet. Seit Januar erreichen uns stetig Anfragen von weiteren Genossenschafts-Interessierten und UnterstützerInnen.

Verhindern wir gemeinsam, dass der US-Private Equity Fonds Carlyle oder andere rein renditeinteressierte Großinvestoren den Vorreiterbetrieb für Ökotextilien aufkaufen und ausplündern. Nur wenn sich Tausende einmischen und Mitglied der hnGeno werden (www.hnGeno.de/unsere-initiative/mitglied-werden/), können wir Carlyle etwas entgegensetzen!

Ihre Initiative zur Weiterführung von Hess Natur als Genossenschaft

Bitte unterstützen Sie uns außerdem, indem Sie diese Mail an FreundInnen und Interessierte weiterleiten - danke!

Kontakt : info@hnGeno.de

CDU und FDP beschließen das Aus von 2 Frauenhäusern!

Erklärung der Autonomen Frauenhäuser Schleswig-Holsteins zum beschlossenen Doppelhaushalt 2011/2012.

In Schleswig Holstein führen die geplanten Haushaltseinschnitte zu erheblichen Verschlechterungen im Bereich der Bildungs- und Gesundheitspolitik. Zahlreiche Beratungsstellen und Hilfen in schwierigen Lebenslagen werden schließen müssen. Landesbeschäftigte sollen Einkommenseinbu-

ßen bei steigender Arbeitsbelastung hinnehmen. Außerdem sind weitere Privatisierungen geplant.

Die Kürzungspläne sind ungerecht und führen zu einer sozialen Schieflage in der Gesellschaft. Sie belasten die Armen und schonen die Reichen! Das dürfen wir nicht hinnehmen.

Es gibt Alternativen! – Gerecht geht anders!

„Audre Lorde - Die Berliner Jahre 1984 bis 1992:

Die wunderbare Arithmetik der Unterschiedlichkeiten”

Aufruf zur Unterstützung

Berlin 1984. Audre Lorde, bedeutende afrikanisch-amerikanische Schriftstellerin, kommt aus New York zur deutschsprachigen Veröffentlichung ihrer Werke und als Gastprofessorin an der Freien Universität nach Berlin. Audre Lorde (1934 -1992), Afroamerikanerin, Lesbe, Autorin, Dichterin und Aktivistin, ist eine Ikone in den afrikanisch-amerikanischen und lesbischen feministischen Bewegungen in den USA.

Ein wenig beachtetes Kapitel ihres Lebens sind die Jahre, in denen Audre Lorde Schwarze Deutsche inspirierte, ihre Identität mit Stolz einzufordern. Afro-Deutsche – für die es zu dieser Zeit weder eine eigen bestimmte Benennung noch einen gemeinsamen Raum gab – folgten Audre Lordes Einladung, einander kennenzulernen, mit Schriften an die Öffentlichkeit zu treten und Netzwerke zu bilden. Gleichzeitig ermutigte sie die Weiße feministische Bewegung, Privilegien zu erkennen und konstruktiv mit Unterschieden umzugehen.

Eine Vielzahl von Fotos, Video- und Tonbandaufnahmen zeigen Audre als Gastprofessorin, in Lesungen und Diskussionen, "on stage" und "off stage" in Berlin, der Stadt, die für sie eine dritte Heimat wurde. Der Film gibt auch einen Einblick Audres Kampf mit ihrer Krebserkrankung. 1984 kam sie nach Berlin mit einer Prognose von sechs Monaten Lebenszeit seitens ihrer Ärzte in den USA. In Berlin entdeckte sie biologische Behandlungsmethoden, die dazu beitrugen, ihr Leben um acht Jahre zu verlängern.

Dagmar Schultz konzipierte die Idee für diesen Film und ist die Produzentin. Sie ist

auch Coproduzentin des Films „Hoffnung im Herz - Mündliche Poesie. May Ayim“. Zara Zandieh, unabhängige Regisseurin und Filmemacherin, ist Verfasserin des Scripts/Buchs und macht den Schnitt des Films.

Der Film soll Ende nächsten Jahres fertig sein – 2012 ist Audre Lordes 20. Todestag. Es gibt verschiedene Möglichkeiten dieses Projekt zu unterstützen...

Audre Lorde meinte immer, dass alles möglich ist, wenn Gemeinschaften sich zusammen tun. Inhaltliche und technische Vorarbeiten sowie das Drehbuch sind abgeschlossen, und bisher sind ca. 70% der Kosten durch Eigenmittel und Förderbeiträge gedeckt. Gegenwärtig suche ich noch dringend Sponsor_innen für weitere Produktions- und Postproduktionskosten (ca. €15.000).

Hier einige Vorschläge für Formen der Unterstützung:

- zahle jetzt für die DVD (€25) und erhalte sie im Sommer 2012
- spende € 100 und erhalte eine DVD unentgeltlich
- spende € 200 und erhalte eine DVD des Films, ein Plakat mit einem Gedicht von Audre und ihrer originalen Unterschrift (begrenzte Anzahl vorhanden) und die Vergrößerung eines der Portraitfotos von Audre von Dagmar Schultz
- setze diesen Aufruf auf Deine webseite/facebook Seite/listserve
- erkundige Dich, ob Deine Institution/Organisation daran interessiert wäre, diesen Film zu unterstützen

Kontakt: dagmar@dagmarschultz.com

Selbstverständlich werden alle Sponsorinnen genannt. Falls Du/Ihr ein Logo habt, schickt es bitte zu.

Überweisungen bitte an folgendes Konto:
Berliner Institut für interkulturelle Arbeit im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialwesen e.V. Alice Salomon Hochschule für Sozialarbeit und Sozialpädagogik. Alice-Salomon-Platz 5, D - 12627 Berlin

Postbank Berlin, Ktr: 344 565 108, BLZ: 100 100 10, IBAN DE22 1001 0010 0344 5651 08, BIC PBNKDEFF. Stichwort: Dagmar Schultz - Audre Lorde Fil

Petition: Demand Alabama Publicly Apologize for Failure to Address Jim Crow-Era Gang Rape

Nearly 70 years ago, Recy Taylor was gang-raped at gunpoint. Her attackers admitted to kidnapping and raping her. And nothing was ever done about it.

As a young African-American woman living in Abbeville, Alabama, in 1944, when Jim Crow laws institutionalized discrimination against black people, her hopes of legal redress were slim. Though Taylor's cause gained international attention through the efforts of a well-known civil and human rights activist, Rosa Parks, she couldn't force racist and sexist law enforcement in Abbeville to take action.

Today, Recy Taylor's name and story have been swept under the rug and go largely unrecognized in America. "The sheriff never even said he was sorry it happened. I think more people should know about it ... but ain't nobody [in Abbeville] saying nothing," Taylor lamented in an interview with The Root.

Her brother, Robert Corbitt, has spent the last decade of his retirement searching for information on her case and seeking a long-delayed justice, after Taylor broke down into tears while telling him about the gang rape 55 years after the fact. "I'd like a public apology from the city of Abbeville and the state of Alabama," Corbitt asks, and Taylor agrees that this simple measure represents the least that could be done, after police took the lead in covering up the horrific assault against her.

Help Recy Taylor get the apology she deserves and public recognition of the injustice perpetrated by signing this petition to Alabama Gov. Robert Bentley, Abbeville Mayor Ryan Blalock, the Abbeville police department, and state and city representatives.

www.change.org.petition

Feministische Partei: Die Bundesregierung unterstützt die Diskriminierung von Frauen

Unsere Bundeskanzlerin Angela Merkel bezeichnet es als Skandal, dass die freiwillige Selbstverpflichtung der Unternehmen zur Frauenförderung keine Folgen hat. Das

tut sie mit Recht. Auf der anderen Seite stört sich Frau Merkel nicht an dem eklatanten Mangel an Frauen in politischen Entscheidungsfunktionen und Gremien. Allein die Tatsache, dass unter den 17 Wissenschaftlern der kürzlich besetzten Enquete-Kommission über Wohlstand keine einzige Frau ist, ist ein Skandal, der ihre Glaubwürdigkeit in Sachen Demokratie in Frage stellt. Die deutschen Politiker und Politikerinnen, die die nordafrikanische Demokratiebewegungen unterstützen, haben allen Grund, das eigene Demokratiedefizit aufzuarbeiten, denn ein Parlament, in dem Frauen nicht in allen politischen und ökonomischen Gremien entsprechend ihres Bevölkerungsanteils vertreten sind, ist nicht demokratisch. Frauen steht mindestens die Hälfte der politischen Macht und des gesellschaftlichen Reichtums zu. Und das ist eine bescheidene Forderung angesichts der Tatsache, dass Frauen zwei Drittel der gesellschaftlich notwendigen Arbeit unterbezahlt oder ganz umsonst leisten. Von einer gleichen Bezahlung für gleiche (Erwerbs-) Arbeit sind wir Deutschen weit entfernt – und sogar im europäischen Vergleich unter den Schlusslichtern!

Man muss nicht mal zwischen den Zeilen lesen, um festzustellen, dass es unserer Regierung nicht darum geht, Frauen von der unbezahlten und nachweislich diskriminierenden Hausarbeit zu entlasten und Männer stärker in die Familienpflicht zu nehmen: Im zweiten Gleichstellungsbericht der Bundesregierung heißt es, es solle KEINE „politische Wertung zum Ausdruck kommen, dass die Inanspruchnahme von Vereinbarkeitsmaßnahmen durch Männer - aufgrund der diesbezüglich derzeit noch sehr ungleichen Verteilung zwischen Frauen und Männern – erwünschter ist als die von Frauen.“ Noch ein Skandal!

Frau Dr. Angela Merkel ist eindeutig mehr am Erhalt der hierarchisch-patriarchalen Strukturen interessiert als an einer demokratischen Gesellschaftsordnung. Auch die zunehmende Frauenarmut, sexualisierte Gewalt, Prostitution und Pornografie, sexistische Werbung, in der Frauen und Mädchen zu stets verfügbaren, käuflichen Sexualobjekten herabgewürdigt werden, die in Folge daraus zunehmenden psychischen und psychosomatischen Auffälligkeiten von

Mädchen (z. T. bereits im Grundschulalter), die Morde an Frauen bei den so genannten Familiendramen ... das alles ficht die Bundeskanzlerin und die meisten Politikerinnen und Politiker nicht an. Ein Skandal, der durch die permanente gesellschaftliche Abstumpfung gegenüber der alltäglichen Gewalt gegen Frauen, keinen Aufschrei mehr erfährt!

Für Frauen ist die Konsequenz aus diesen Skandalen keine Sonntagsrede zum 8. März, sondern PROTEST, STREIK: Wahlstreik (indem Frauen ihre Stimmzettel ungültig machen und abgeben), Gebärstreik, sowie die organisierte Durchsetzung ihrer Interessen in der Feministischen Partei DIE FRAUEN.

„Ehrenamtliche Seniorinnen-Netzwerke sind kein Allheilmittel“

Dachverband Lesben & Alter fordert politische Strategien gegen Altersarmut.

Über 20 Fachfrauen nahmen das 1. Bundestreffen des Dachverbandes Lesben & Alter zum Anlass, sich über Lebensgestaltung im Alter zu beraten. Die Rückkehr weit verbreiteter Armut im Alter sei vorprogrammiert und sie wird vor allem heterosexuelle und lesbische Frauen treffen, so die Einschätzung der Expertinnen und Vertreterinnen der Mitgliedsorganisationen, die sich vom 3. - 5. 11. 2010 im rheinland-pfälzischen Charlottenberg trafen.

Die Interessen von älteren Lesben sind in der gesellschaftlichen Armutsdebatte nicht berücksichtigt. Wie ein roter Faden zog sich die finanzielle Not lesbischer Seniorinnen durch das Tagungsprogramm. Soziale Einrichtungen, die sich speziell an Lesben wenden und dabei auch drängende Altersthemen aufgreifen, erhalten kaum Förderung.

Der Dachverband fordert die Verantwortlichen auf, dieser Entwicklung entgegen zu wirken. Kürzungen müssen zurück genommen und Seniorinnenprojekte für gleichgeschlechtliche Lebensweisen ausgebaut werden.

Zentrales Ziel des Dachverbandes Lesben & Alter ist es, der Mehrfachdiskriminierung entgegen zu wirken. Frau sein, lesbisch sein, alt sein ist in unserer Gesellschaft ein dreifacher Benachteiligungsgrund. „Unsere Gesellschaft braucht die Teilhabe aller Le-

bensformen und aller Lebensalter“, so Bea Trampenau, Sprecherin des jungen Verbands.

„Ehrenamt allein ist kein Allheilmittel gegen Einsamkeit und finanzielle Not im Alter!“

Der Verband fordert eine finanzielle Ausstattung von Seniorenangeboten für lesbische Frauen. Auch für die Erforschung gleichgeschlechtlicher Lebensformen im Alter werden dringend Gelder gefordert. Fortbildungen in der Altenhilfe- und Altenpflege müssen sich verstärkt auf lesbische Biografien einstellen. Speziell an die Adresse der Kommunen geht die Aufforderung, Generationen übergreifende Wohnprojekten für Frauen und Lesben zu finanzieren.

Der Dachverband Lesben und Alter stellt sich mit Kompetenz und Expertinnenwissen als Ansprechpartnerin zur Verfügung. Kontakt: Bea Trampenau Tel: 040/245002, www.lesbenundalter.de kontakt@lesbenundalter.de

Kontroverse um "Christina Street Day" in München

Der Münchner CSD macht in diesem Jahr die Sichtbarkeit von lesbischen Frauen zum Thema. Deshalb sollte der CSD einmalig einen weiblichen Vornamen tragen. In der lesbisch-schwulen Szene hat diese Aktion für hitzige Debatten gesorgt. Die Veranstalter wollen die Polemik um den Namen "Christina Street Day" jetzt entschärfen und kehren zu „Christopher Street Day" zurück. Der lesbische Schwerpunkt soll über ein neues Motto und Veranstaltungen transportiert werden.

München, 11. März 2011 - Seit Jahrzehnten treten Lesben und Schwule in München gemeinsam für ihre Rechte ein. Seit 15 Jahren veranstalten sie gemeinsam den Münchner Christopher Street Day. Das wollten die Organisatoren öffentlichkeitswirksam in Szene setzen; einmalig sollte der CSD Christina Street Day heißen. Doch vor allem innerhalb der schwulen Szene traf die Aktion auf großen Widerstand.

Die Veranstalter - Sub, LeTRa, Münchner Aids-Hilfe und Rosa Liste- wollen die Diskussion jetzt versachlichen, der CSD soll wieder Christopher Street Day heißen.

In der Veranstaltungswoche CSD-Pride-Week wurde im letzten Jahr von der Lesbenberatungsstelle LeTRa eine Studie vorgestellt, die untersuchte, wie die Münchener Lokalpresse über Schwule und Lesben berichtet. Im Zusammenhang mit dem CSD war das Ergebnis wenig überraschend, auch wenn der Münchner CSD seit Jahren gemeinsam von Schwulen und Lesben veranstaltet wird.

In den Medien ist immer wieder von der „Schwulenparade“ die Rede, die durchs „Schwulenviertel“ zieht. Auch bei politischen Themen, die Lesben und Schwule gemeinsam betreffen, ist das so: Die Redakteure schreiben über die „Schwulenehe“ oder darüber, dass Schwule nicht adoptieren dürfen. Lesben werden meistens ignoriert.

So wurde die Idee geboren: Jemand schlug vor, übrigens ein schwuler Mann, den CSD als „Christina Street Day“ auszuschreiben, um die Öffentlichkeit charmant und provokant auf dieses Ungleichgewicht hinzuweisen. Das wurde in den Vordiskussionen zum CSD 2011 aufgegriffen. Die Veranstalter sowie sämtliche Organisationen und Vereine, die am „Münchner Szenestammtisch“ teilnehmen, einigten sich auf diese Umbenennung mit dem Motto: „Gemeinsam für uns alle“.

Der „Etikettenwechsel“ nur für dieses Jahr hat dann aber neben Zustimmung und sachlich konstruktiver Kritik auch zu heftigen Diskussionen und offener Ablehnung in der Szene geführt - auf unterschiedlichem Niveau und bei bedenklicher Aggressivität, vor allem auf Facebook und auf queer.de. Die Veranstalter haben sich nun damit in großer Runde auseinandergesetzt. Das Ergebnis fasst Thomas Niederbühl, politischer Sprecher des CSD München und Stadtrat der Rosa Liste zusammen: „Durch die Diskussionen konnten wir erfreut zur Kenntnis nehmen, dass die historischen Stonewall-Unruhen und der Christopher Street Day für viele immer noch enorm identitätsstiftend sind. Die einmalige Umbenennung ist deshalb nicht vermittelbar. Es macht keinen Sinn, sich weiter um einen Namen zu streiten, Grabenkämpfe zu führen und die Szene zu entzweien. Schließlich sind wir in München doch mit der schwul-lesbischen Zusammenarbeit,

die jetzt mancher Kritiker in Frage stellt, schon viel weiter.“

Bereits beim ersten CSD in München 1980 waren unter den 100 Leuten, die auf die Straße gingen, ein Dutzend Lesben dabei. Seit 15 Jahren tritt der CSD ausdrücklich als schwul-lesbisch auf. Die Eurogames 2004 waren ein vielbeachtetes schwul-lesbisches Großereignis. Seit zehn Jahren arbeiten Schwule, Lesben und Transgender gemeinsam an der Organisation des CSD. Sie marschieren bei der Parade miteinander, viele teilnehmende Vereine wie die Sportvereine oder das Jugendzentrum sind schwullesbisch. Lesben, Schwule und Transgender machen das Bühnenprogramm zusammen und feiern beim Rathaus-Clubbing gemeinsam.

„Natürlich gibt es soziale Unterschiede zwischen Schwulen und Lesben - und manchmal Kommunikationsprobleme“, räumt Niederbühl ein, „aber die gemeinsame Arbeit hat sich hervorragend entwickelt. Umso mehr hat es uns erschreckt, wie die Debatte um den Namen auch mit massiver verbaler Gewalt, Abwertung, persönlichen Angriffen und großer Lesbenfeindlichkeit geführt wurde. Denn gerade die gemeinsame Münchner Erfolgsgeschichte zeigt doch, dass es beim CSD nicht darum geht, nebeneinander -oder gar gegeneinander- zu marschieren, zu feiern und zu fordern. Es geht seit Jahren auch um ein Miteinander und Füreinander. Wir wollen nicht nur für Eigeninteressen eintreten, sondern durch ein solidarisches Miteinander gesellschaftliche Gleichstellung und Fortschritte erreichen, die Schwule, Lesben, Bisexuelle und Transgender gemeinsam betreffen. Deshalb muss, gerade nach dieser Debatte, lesbische Sichtbarkeit auf jeden Fall Schwerpunktthema des diesjährigen CSD bleiben und sich auch in einem neuen Motto ausdrücken. Die CSD-Veranstaltungen in der Pride Week sind dann eine gute Gelegenheit, gemeinsam über unsere Community und schwul-lesbische Solidarität nachzudenken - gerade mit denen, für die diese nicht selbstverständlich ist.“

Verantwortlich: Thomas Niederbühl, Adlzreiterstr.12, 80337 München, 0171-8348853,

thomas.niederbuehl@rosaliste.de,
<http://www.csdmuenchen.de/>

Neuer Volksverhetzungs-Paragraf ignoriert Frauen

Die am 16. November mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen beschlossene Reform des § 130 im Strafgesetzbuch gegen Volksverhetzung greift aus Sicht der Grünen im Bundestag zu kurz. Mit der Änderung im deutschen Strafrecht habe die Koalition ein Zwei-Klassen-Gesetz zur Volksverhetzung vorgelegt, kritisierte Volker Beck, Parlamentarischer Geschäftsführer der Grünen-Fraktion.

Die Reform der Koalition (Drs. 17/3124) sieht vor, Volksverhetzung wegen der Zugehörigkeit zu einer rassistischen, religiösen oder durch ihre ethnische Herkunft bestimmte Gruppe explizit unter Strafe zu stellen. Unerwähnt bleiben in der Neufassung Gewaltaufrufe gegen ebenfalls von Hass-Attacken häufig betroffene Gruppen wie z.B. Frauen, Menschen mit Behinderungen oder Schwule und Lesben. Beck wertete das Fehlen anderer Diskriminierungsmerkmale deshalb als „völlig falsches Signal“.

Abweichung vom AGG sachlich nicht begründbar

„Jede Form von Menschenfeindlichkeit ist gleichermaßen widerlich und klar zu verurteilen“, so Beck. Eine Hierarchisierung von diskriminierten Gruppen, wie der Grünen-Politiker sie mit der Koalitionsvorlage gegeben sieht, dürfe es nicht geben.

Auch das deutsche Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) verbiete zu Recht neben Benachteiligungen wegen der ethnischen Herkunft, Religion oder Weltanschauung ebenso Diskriminierungen wegen des Geschlechts, der sexuellen Identität, des Alters oder einer Behinderung. Der Grünen-Abgeordnete sieht deshalb „keinen sachlichen Grund, warum die Koalition beim Volksverhetzungs-Paragrafen von dem Kriterienkatalog des AGG abweicht“. Und Beck geht sogar noch einen Schritt weiter, indem er der Koalition „eine politisch gezielte Benachteiligung insbesondere von Frauen, von Menschen mit Behinderung und Homosexuellen“ vorwirft.

Hassverbrechen auch gegen Frauen

Die Grünen hatten diese Leerstelle zum Anlass für einen Änderungsantrag (Drs. 17/4226) genommen. Darin heißt es: "Hassverbrechen insbesondere gegen Frauen, Homosexuelle, Menschen mit Behinderung sowie Älteren verletzen zutiefst deren Achtungsanspruch und billigen weitere Straftaten, die teilweise mit unvorstellbarer Brutalität ausgeführt werden." Mit der Aufnahme auch dieser besonders gefährdeter Gruppen im neu gefassten Tatbestand der Volksverhetzung würde Deutschland anderen europäischen Staaten folgen, die ihre Strafgesetze entsprechend ändern. So hätten nach Angaben der EU-Grundrechteagentur bereits 13 EU-Staaten die Aufstachelung zum Hass gegen Schwule und Lesben als Straftatbestand oder als verschärfenden Umstand in ihre Strafgesetze aufgenommen, weist die Grünen-Fraktion hin.

Der Änderungsantrag wurde mit den Stimmen der beiden Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Linken und der Grünen bei Enthaltung der SPD abgelehnt.

<http://www.frauenrat.de/deutsch/infopool/information/informationdetail/back/11/article/-70736b22e8.html>

Themen

Im Mittelstand mehr Frauen in der Führungsetage

In der Debatte um eine Frauenquote für Führungskräfte im Management kursieren mittlerweile unterschiedliche Zahlen, die sich zudem meist auf Großunternehmen beziehen. Wie steht es aber mit der Frauenbeteiligung im Mittelstand, der die weitest aus größte Zahl der Unternehmen in Deutschland ausmacht?

Bei knapp jedem fünften mittelständischen Unternehmen in Deutschland (18,9 Prozent) ist zumindest eine Frau in der obersten Führungsebene vertreten. Das zeigt eine Untersuchung der Management- und Geschäftsführungsstruktur des Mittelstandes durch die Creditreform Wirtschaftsforschung.

In Abgrenzung zu Großunternehmen wird der deutsche Mittelstand demnach häufiger von einer Frau geführt. So weisen Unternehmen mit einer Bilanzsumme von über 1 Milliarde € einen geringeren Frauenanteil in der obersten Führungsriege auf. Nur in 13,9 Prozent dieser Unternehmen ist eine Frau im Top-Management vertreten. Unter den DAX Unternehmen ist das bei drei von 30 Unternehmen der Fall.

Anteil der Unternehmen mit weiblichen Führungskräften nach Unternehmensgröße Bilanzsumme in %

bis 0,5 Mio. €	19,9%
bis 1 Mio. €	18,7%
bis 2 Mio. €	18,0%
bis 5 Mio. €	18,2%
bis 10 Mio. €	17,6%
bis 43 Mio. €	16,2%
Mittelstand Total	18,9%
> 1 Mrd. €	13,9%
DAX 30	10,0%

Angaben in %

Der Anteil der Unternehmen, in denen eine Frau als Unternehmer bzw. Führungskraft tätig ist, sinkt mit der Betriebsgröße. Während in 19,9 Prozent der kleinen Unternehmen mit einer Bilanzsumme von bis zu 0,5 Millionen Euro eine Frau im Management vertreten ist, ist das bei größeren Mittelständlern mit einer Bilanzsumme zwischen zehn und 43 Millionen Euro nur bei jedem sechsten Unternehmen (16,2 Prozent) der Fall.

Die Angaben beruhen auf mehr als 355.000 repräsentativ ausgewählten Unternehmen in der Creditreform Datenbank mit einer Bilanzsumme von bis zu 43 Millionen Euro lt. KMU-Definition der Europäischen Kommission. Unternehmen dieser Größenklasse sind meist inhabergeführt bzw. Familienunternehmen und verfügen selten über angestellte Manager.

Gesundheits- und Sozialwesen sind Frauendomäne

Unterteilt nach Wirtschaftsbereichen sind weibliche Führungskräfte in mittelständischen Betrieben am stärksten vertreten in den Bereichen Gesundheit und Sozialwesen (35,8 Prozent der Unternehmen) gefolgt von Erziehung und Unterricht (30,4 Prozent) sowie Gastgewerbe (30,2 Prozent) und Land- und Forstwirtschaft (29,1 Prozent). Am wenigsten finden sich Frauen

in den Führungsriege deutscher Mittelständler in den Bereichen Energiewirtschaft (9,8 Prozent der Unternehmen), im Bau-gewerbe (12,1 Prozent) sowie in der Informations- und Kommunikationstechnik (14,9 Prozent).

www.creditreform.de

Nachrichten

Ré Soupault

Künstlerin im Zentrum der Avantgarde

Ausstellungsdauer: 13.02.–08.05.2011

Als erstes Museum weltweit würdigt die Mannheimer Kunsthalle mit einer umfassenden Retrospektive die deutsch-französische Avantgardekünstlerin Ré Soupault (1901-1996). Unter Pseudonymen arbeitete sie nicht nur als Fotografin und Journalistin, sondern auch als Filmmacherin und Modeschöpferin. Ihr Transformationskleid für die moderne berufstätige Frau ist eine Wiederentdeckung, neu interpretiert vom Modelabel „Schumacher“. Die Ausstellung präsentiert das Multitalent im Netzwerk der europäischen Avantgarde: von ihrer Ausbildung am Bauhaus Weimar über die Begegnung mit dem Berliner Dadaismus bis hin zum Künstler-Zirkel der Surrealisten in Paris.

Kunsthalle Mannheim, Friedrichsplatz 4, 68165 Mannheim

„Aktionärinnen fordern Gleichberechtigung“

djb ruft 622 Bundestagsabgeordnete zur Unterstützung auf und überreicht ihnen die Projektstudie 2010

Um der Forderung des Deutschen Juristinnenbunds (djb) nach einer gesetzlichen Quotenregelung Nachdruck zu verleihen, ruft der djb alle MdBs auf, die gesetzgeberischen Initiativen zur verbindlichen Förderung von Frauen zu unterstützen.

Dem Aufruf beigefügt ist die Studie "Aktionärinnen fordern Gleichberechtigung", darin enthalten die Auswertung der Aktion 2010.

Jutta Wagner, Präsidentin des djb : "Aus den Erfahrungen, die wir im letzten Jahr bei dem Besuch von mehr als 70 Hauptversammlungen der HDAX-Unternehmen gesammelt haben, müssen wir schließen: Auf

freiwilliger Basis wird sich nichts ändern. Wir empfehlen unsere Broschüre allen Mitgliedern des Bundestages als Wochenendlektüre."

Das Projekt wird gefördert vom BMFSFJ.

EU-weite Richtlinie zum Schutz vor Gewalt

Entwurf steht. Entscheidung liegt bei Rat & Parlament. Am 29. November 2011 haben sich die Mitglieder zweier Ausschüsse des EU Parlaments, jener für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres und jener für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter (FEMM), gemeinsam für eine in ganz Europa gültige Schutzverordnung (European Protection Order) ausgesprochen. Der Text der angenommenen EU Richtlinie enthält insbesondere Schutzmaßnahmen für Frauen, die Opfer von geschlechtsspezifischer Gewalt wurden.

Trotzdem richtet er sich an alle Opfer von Straftaten und berücksichtigt die spezifischen Merkmale sämtlicher in der Richtlinie enthaltenen Delikte. Die Schutzverordnung bezieht sich auf alle Personen die gegen eine strafbare Handlung durch eine andere Person geschützt werden müssen. Strafbare Handlungen beziehen sich auf Taten die in irgendeiner Form das Leben anderer Personen psychisch oder physisch gefährden bzw. deren sexuelle Integrität verletzen, oder deren persönliche Freiheiten, z.B. durch Stalking oder Zwang, einschränken. Außerdem geht es um die Vermeidung neuer sowie die Verminderung der Folgen vorangegangener Straftaten. Übergeordnetes Ziel der Richtlinie ist es, den Schutz über die Grenzen der EU Mitgliedsstaaten hinweg auszuweiten. In Zukunft sollen Schutzmaßnahmen die in einem EU Mitgliedsland für eine Person getroffen wurden, auch für die anderen EU Länder gelten. Außerdem sieht die Regelung vor den Schutzanspruch auch auf mitbetroffene Verwandte bzw. Personen auszuweiten. Die Richtlinie erhielt die Unterstützung der zwei Ausschüsse infolge der Zustimmung durch die VertreterInnen der Belgischen EU-Ratspräsidentschaft. Die Initiative wurde vor allem durch die Spanischen Abgeordneten im EU-Parlament, Carmen Romero López und Teresa Jiménez-Becerril Barrio forciert. Die tatsächliche Umsetzung hängt nun davon ab,

ob bei der nächsten Tagung des EU Rats sowie der Plenarsitzung des EU Parlaments im Dezember eine Annahme der Richtlinie erfolgt. Sollte dies der Fall sein, müssten die EU Mitgliedsstaaten innerhalb von drei Jahren die Richtlinie in nationales Recht umsetzen.

Girls-Revolution: "We want sex!"

Klar, dass die Männer, die an den streikenden Frauen vorbeikommen, begeistert pfeifen und johlen. „We want sex“ verkündet eins der Transparente der Ford-Arbeiterinnen, genauer: „sex equality“! Zuerst wehren sich die 178 Näherinnen gegen ihre Einstufung als „Ungelernte“, doch sie erkämpfen schließlich den „Equal Pay Act“ – ein Gesetz, das gleichen Lohn für gleiche Arbeit vorschreibt. Nach den wunderbaren „Kalender Girls“ hat Regisseur Nigel Cole nun den historischen Arbeiterinnenkampf von 1968 mit Liebe und Leidenschaft verfilmt. Anführerin der Girls-Truppe ist die Golden Globe-Gewinnerin Sally Hawkins („Happy Go Lucky“) als zarte, kämpferische Streikführerin Rita O’Grady. Und wer im Abspann die echten Working Girls von damals giggeln hört, ahnt, wie die in den Swinging Sixties zuerst die Ford-Stadt Dagenham und dann ganz England gerockt haben. EMMA findet: Ein hinreißender Film!

EMMAonline, 12.01.2011

Netzwerk für Selbstbestimmung junger Migrantinnen

Im Mittelpunkt der Arbeit des Netzwerkes stehen Mädchen und junge Frauen, die von Zwangsheirat und Gewalt im Namen der sogenannten Ehre betroffen sind. Diese Arbeit ist untrennbar mit der Partizipation und den Selbstbestimmungsrechten aller Mädchen und jungen Frauen verbunden. Die Mitglieder der Netzwerkes, zu denen auch die LAG Mädchenarbeit in NRW e.V. zählt, haben das Ziel, ihre Arbeit durch Austausch und Vernetzung zu qualifizieren und in der (Fach)Öffentlichkeit für die Selbstbestimmungsrechte, die Freiheit und die Integrität der (betroffenen) Mädchen einzutreten. Initiatorinnen des Netzwerkes sind die

Onlineberatung zum Schutz vor Zwangsheirat im Mädchenhaus Bielefeld und die

Informations- und Beratungsstelle für Migrantinnen agisra e.V. in Köln.
www.maedchenarbeit-nrw.de

Pinar Selek: Für die Gerechtigkeit!

Die Feministin, Soziologin, antimilitaristische Friedensaktivistin, Schriftstellerin und Mitgründerin der AMARGI Frauensolidaritätskooperative Pinar Selek ist mit einer Verurteilung zu einer lebenslangen Freiheitsstrafe durch das Gericht, das sie bereits zwei Mal freigesprochen hat, bedroht. Deshalb sind jetzt Solidaritätsaktionen und Unterstützung für Pinar Selek von großer Bedeutung.

Hier könnt Ihr Euch an der Unterschriftenliste, die von Pen Deutschland durchgeführt wird, beteiligen: <http://www.ps-signup.de/>. Ihr könnt sie auch in eure Städte/Gruppen zum Vortrag einladen.

www.pen-deutschland.de/htm/aktuelles/pinar-selek.aufruf.php

Literatur

Angela McRobbie: Top Girls - Feminismus und der Aufstieg des neoliberalen Geschlechterregimes

"Mit dieser fulminanten Studie über den gegenwärtigen Zustand des Feminismus und seiner Verhandlung in der Populärkultur nimmt Angela McRobbie das zeitgenössische Aufatmen über das »Ende des Feminismus« kritisch ins Visier. Nicht zuletzt sei dies auch eine Folge davon, dass boshafte Retraditionalisierungen von Geschlechterregimes die (kulturelle) Oberhand gewinnen. McRobbie analysiert empirisch, wie sich Konsum- und Populärkultur Rhetoriken und Bilder von weiblicher Freiheit und Autonomie aneignen und damit vordergründig den Erfolg von Frauen zu unterstützen scheinen.

Doch McRobbies Tiefenbohrungen in die Welten von Bridget Jones und Heidi Klum zeigen, dass Frauen faktisch in neue, postfeministische »neurotische« Abhängigkeiten gedrängt und (wieder einmal) degradiert werden. Scharfzünftig analysiert die Autorin kulturelle Phänomene und deren

widersprüchliche Wirkungen im Alltag von Frauen: Modephotographie, Fernsehserien, die »Bearbeitung« des Körpers und deren Zusammenhang mit Essstörungen, »sinnloser Wut«, Körperhysterie. Angela McRobbie wird mit diesem Buch ihrer Position als prominente feministische Stimme und Klassikerin der Cultural Studies einmal mehr gerecht" (Klappentext)

Gail Dines: PORNLAND

How Porn has Hijacked our Sexuality (This book) takes an unflinching look at today's porn industry: the stories woven into the images, the impact on our culture, the effects on us as men and women, the business machine that creates and markets porn, and the growing legitimacy of porn in mainstream media. Above all, PORNLAND examines the way porn shapes and limits sexual imaginations and behaviors.

Although we are surrounded by pornographic images, many people are not aware of just how cruel and violent the industry is today. PORNLAND shows how today's porn is strikingly different from yesterday's Playboy and Penthouse magazines— how competition in the industry and consumer desensitization have pushed porn toward hard core extremes. And, with the advent of the internet and other digital technologies, users don't have to wander far to access porn; today, the average age of first viewing is about 11 for boys, and studies reveal that young men, who consume more porn than ever before, have difficulty forming healthy relationships. PORNLAND also looks at how our porn culture affects the way women and girls think about their bodies, their sexuality and their relationships. PORNLAND; How Porn has Hijacked our Sexuality argues that rather than sexually liberating or empowering us, porn offers us a plasticized, formulaic, generic version of sex that is boring, lacking in creativity and disconnected from emotion and intimacy.

Untersuchung zur Sanktionspraxis SGB II

Für die von der Hans-Böckler-Stiftung geförderte Untersuchung (Düsseldorf 2009, edition Hans-Böckler-Stiftung, ISBN: 978-3-86593-135-1) hat Anne Ames in 2009 intensive, problemzentrierte Interviews mit 30

Sanktionsbetroffenen geführt und ausgewertet. In der folgenden Rezension wird kurz der Forschungsansatz skizziert und das Fazit wiedergegeben:

Hinsichtlich der Ursachen von Sanktionen waren folgende Fragen forschungsleitend

- Vor welche situationsspezifisch konkreten Anforderungen sahen die sanktionierten Erwerbslosen sich gestellt?

- Was hinderte sie daran, die Anforderungen zu erfüllen?

- Welche Chancen konnten sie wahrnehmen, ihr Erleben der konkreten Anforderungen und ihre entgegenstehenden Motive oder anderen Hinderungsgründe gegenüber den Behördenmitarbeiter/-innen mitzuteilen und zu vertreten?

Hinsichtlich der Auswirkungen von Sanktionen wurde erkundet

- Auf welche Weise die Sanktionierten die Einbußen an Grundsicherungsleistungen bewältigten?

- Welche Auswirkungen die Bewältigungsweisen auf ihre Lebenslagen hatten?

- Ob und gegebenenfalls in welcher Weise die Sanktionen die Verhaltensdispositionen der Betroffenen über die Bewältigung der Einkommenseinbuße hinaus beeinflussten?

Der Projektbericht kann über den Buchhandel oder direkt über die Hans-Böckler-Stiftung (Bestellnummer 13242) bezogen werden. Er umfasst nach einem einleitenden Kapitel, das das Thema in die aktuellen politische und wissenschaftliche Diskussion „aktivierender Arbeitsmarktpolitik“ einordnet, sowie einem das methodische Vorgehen erläuternden Kapitel insbesondere ausführliche Fallskizzen zu fast allen Interviews, die die nachfolgenden Untersuchungsergebnisse gut nachvollziehbar machen. Diese detailliert dargestellten Ergebnisse fasst Ames auf S. 171 f. in folgendem Fazit knapp zusammen:

„In Verhaltensweisen, die nach § 31 SGB sanktioniert werden, drückt sich nicht mangelnde Bereitschaft aus, durch Erwerbsarbeit die eigene Existenz zu sichern. Um die Ursachen sanktionierten Verhaltens zu erschließen, ist es notwendig, einerseits die jeweils konkreten Anforderungen, die durch das Verhalten nicht erfüllt wurden, andererseits die Motive der Handelnden in ihrer Differenziertheit und ihre Handlungsmöglichkeiten zu analysieren. Eine solche

zweiseitige Analyse zeigt, dass die vielfältigen Motive, die hindernden Lebensumstände und/oder die Kompetenzdefizite, die der Erfüllung bestimmter Anforderungen entgegenstehen, sich nicht in Begriffen wie „Inaktivität“, mangelnde Eigenverantwortung oder mangelnde Arbeitsbereitschaft erfassen lassen.

Selbst in den wenigen Fällen, in denen das - in der Regel nicht monokausal erklärbare - sanktionierte Verhalten überwiegend auf das Fehlen einer Motivation, die behördlichen Erwartungen zu erfüllen, zurückzuführen ist, drückt sich darin nicht mangelnde Bereitschaft zur Erwerbsarbeit aus, sondern aus Erfahrung resultierende fehlende Hoffnung, dass die Erfüllung der behördlichen Erwartungen zur Verbesserung der eigenen Arbeitsmarktchancen beitragen könnte.

In der Art der behördlichen Erwartungen, die nicht erfüllt wurden, und in der Bewertung des erwartungswidrigen Verhaltens offenbaren sich vielfältige Formen von Kommunikationsstörungen zwischen Klient/-inn/-en und Behördenmitarbeiter/-inne/-n. In zahlreichen Fällen haben die Behördenmitarbeiter/-inne/-n vermutlich nur eine vage Vorstellung von den konkreten Anforderungen, vor die sich die Klient/-inn/-en durch die ihnen auferlegten Verpflichtungen gestellt sahen. Gleichzeitig haben die Mitarbeiter/-innen zu wenig Zeit, häufig nicht die Qualifikation und insbesondere nicht den Freiraum, um in der Kommunikation mit den Klient/-inn/-en deren Motive, Probleme und Lebensumstände kennenzulernen und zu berücksichtigen. Dazu stehen sie selbst vor viel zu vielen auf andere Zwecke und Ziele gerichteten behördlichen und politischen Anforderungen.

Sanktionen nach § 31 SGB II, die ja immer in einer weiteren Kürzung oder gar im Entzug der ohnehin spärlichen materiellen Existenzsicherung bestehen, haben vielfältige negative Auswirkungen auf die Lebenslage der Betroffenen. Unter anderem verstärken sie häufig sozialen Rückzug und Isolation. Im Zusammenwirken mit weiteren ungünstigen Situationskonstellationen, die bei der Verhängung von Sanktionen regelmäßig nicht berücksichtigt werden, können Sanktionen auch in die Obdachlosigkeit, zu schwerwiegenden psychosomatischen Erkrankungen oder zu strafrechtlich sanktio-

nierten Versuchen führen, alternative Einkommensquellen zu erschließen.

In den meisten untersuchten Fällen bewirkten die Sanktionen nicht, dass sich die Sanktionierten künftig so verhielten, wie es zuvor von ihnen erwartet wurde. In einigen Fällen war eine solche Wirkung schon deshalb nicht möglich, weil die sanktionierten Verhaltensweisen aus einer akzidentiellen Situationskonstellation folgten, die mit großer Wahrscheinlichkeit so nicht mehr eintritt. Überwiegend hatten die Sanktionen deshalb keine verhaltenssteuernde Wirkung, weil das sanktionierte Verhalten aus Motiven und/oder Kompetenzdefiziten folgte, die offenbar stärker waren als die Strafängst der Betroffenen. In einigen Fällen haben die Behördenmitarbeiter/-innen darauf verzichtet, den Sanktionierten erneut eine Verpflichtung aufzuerlegen, die der nicht erfüllten Verpflichtung entsprochen hätte. In anderen Fällen erduldeten die Sanktionierten die Wiederholung von Sanktionen, weil die Überforderung durch bestimmte Verhaltenserwartungen fortbestand.

In einigen Fällen hatten die Sanktionen das Gegenteil einer aktivierenden, nämlich eine lähmende Wirkung auf das Verhalten der Betroffenen. In wenigen Fällen erhöhten die Sanktionen die resignative Anpassungsbereitschaft an behördliche Erwartungen, die jedoch keine Hoffnungen auf verbesserte Arbeitsmarktchancen wecken."

Hintergrundinformationen

Die Kurzfassung der Studie als PDF-Datei auf der Seite der Autorin herunterladen

Termine

Karlsruher Konferenz: „Frauen Perspektiven Wechsel“

15. bis 17. April 2011 in Karlsruhe

Nach 20 Jahren steht das Kulturfestival „Frauenperspektiven“ auf dem Prüfstand „Wir befinden uns in einer Zwischenzeit des Nachdenkens“, beschreibt Karlsruhes Kulturamtschefin Dr. Susanne Asche die Beweggründe, das erfolgreiche Kulturfestival „Frauenperspektiven“ nach 20 Jahren auf den Prüfstand zu stellen. Wie zeitgemäß sind Frauenkulturfestivals noch? Welches Frauenbild prägt die Kunst- und Kul-

turszene? Wie wichtig ist jungen Frauen die Feminismusbewegung? Stehen „Mädchenmannschaften“ und Blogkultur im Widerstreit mit Aktivistinnen und Frauenrechtlerinnen? Diese und andere Fragen werden in einer dreitägigen wissenschaftlich ausgerichteten Konferenz öffentlich diskutiert. Vertreterinnen der Feminismusbewegung wie zum Beispiel die Begründerin des Feminismus im Filmwesen, Helge Sander, die Filmregisseurin Madeleine Bernstorff und die Feminismusforscherin Prof. Dr. Ute Gerhard, sind nur einige Referentinnen, die neben Teilnehmerinnen aus den gesellschaftlichen Bereichen wie Journalismus, Recht, Soziologie oder Politik der Frage nachgehen: „20 Jahre Frauenkulturfestival... und in Zukunft?“ Teil der Konferenz wird auch die internationale „Frauenperspektive“ sein. Auf dem Podium im Zentrum für Kunst und Medientechnologie (ZKM) diskutieren unter anderem Veronika Dreier (Künstlerin, Kuratorin und Redakteurin aus Österreich, die Graz zum „Intergalaktischen Zentrum für Superfrauen“ ausrief) zusammen mit Camille Morineau (Kuratorin der Sonderschau - elles@entrepompidou -, die 2010 in Paris Aufsehen erregte). Die Vortragsreihen und Podiumsdiskussionen werden ergänzt mit Kunst- und Kulturbeiträgen aus den Bereichen Musik, Bildende Kunst, Literatur, Video, Film und Art Performance. Der Eintritt zu der Konferenz ist frei.

Mehr Informationen im Internet auf www.karlsruhe.de/frauenperspektiven.

Internationales Frauenfilmfestival

Dortmund / Köln:

12. – 17. April, Dortmund

Bereits zum sechsten Mal veranstaltet das IFFF Dortmund | Köln den nationalen Wettbewerb für Nachwuchs Bildgestalterinnen. In der Kategorie Spielfilm wird ein Preis in Höhe von 5.000 Euro vergeben, die Gewinnerin in der Kategorie Dokumentarfilm darf sich über 2.500 Euro freuen. Um den Preis konkurrieren Abschlussarbeiten sowie Filme aus den ersten beiden Jahren nach Ausbildungsende von Frauen, die ihre Ausbildung in Deutschland absolviert haben oder hier arbeiten. Das Frauenfilmfestival freut sich, in diesem Jahr drei hochqualifizierte Vertreterinnen aus der

ersten Riege der Branche in der Jury begrüßen zu dürfen:

Sophie Maintigneux (Juryvorsitz)

Daniela Knapp

Anne Misselwitz

Mit dem Wettbewerb will das Frauenfilmfestival auf neue Talente aufmerksam machen und die jungen Frauen hinter der Kamera bestärken, ihren Berufsweg konsequent weiter zu gehen.

www.frauenfilmfestival.eu

Erkenntnisse der Matriarchatsforschung Perspektiven der Matriarchatspolitik

Eröffnung des MatriArchivs

Internationaler Kongress in St. Gallen / Schweiz in der Tonhalle

12. – 15. Mai 2011

Die Zeit ist reif! Wir suchen wegen der sich jagenden, weltweiten Krisen der patriarchalen Zivilisation eine grundsätzliche Veränderung unserer Lebensweise. Insbesondere die Menschen der jüngeren Generationen wollen Wege finden, um das Patriarchat mit seiner globalen Zerstörungswut zu verlassen. Wir alle wollen wissen: Was tun?

Deshalb wächst das Interesse an der matriarchalen Gesellschaftsform weltweit. Sie hat ganz andere Muster als jede Form des Patriarchats, sei diese nun traditionell patriarchal oder kapitalistisch patriarchal.

Denn Matriarchate haben eine gewaltlose Gesellschaftsordnung: Sie folgen mütterlichen Werten. Sie beruhen auf der Gleichwertigkeit der Geschlechter. Ihre politischen Entscheidungen fallen im Konsens. Äußerst intelligente, soziale Spielregeln gewährleisten ein gutes Leben für alle. Ihre Spiritualität verhindert die Ausbeutung unserer Mutter Erde.

Es gibt Matriarchate noch heute in verschiedenen Kontinenten – allerdings werden sie von der patriarchalen Zivilisation missverstanden, ausgeblendet und unterdrückt. Deshalb ist der Kongress diesen Gesellschaften als Erbe der Menschheit, insbesondere der Frauen, gewidmet und dem, was wir politisch daraus lernen können. Die moderne Matriarchatsforschung bringt sie wieder ans Licht.

Gleichzeitig soll der Kongress neue Wege aufzeigen. Die praktischen Möglichkeiten, die sich aus dem Wissen über matriachale Gesellschaften ergeben, nennen wir Matri-

archatspolitik. Es gibt dazu viele Ideen und neue Handlungsweisen in der feministischen und in anderen alternativen Bewegungen. Aus ihnen kommen InitiativegeberInnen und VertreterInnen auf dem Kongress zusammen. Was sie über ihre Aktivitäten berichten, ermutigt zum Handeln. So wird sich die konkrete Vision einer neuen Gesellschaft entwickeln, und wir werden die Orientierung für Wege aus dem Patriarchat hinaus finden.

Dieser Kongress ist die konsequente Folge aus den beiden vorangegangenen Weltkongressen für Matriarchatsforschung: 2003 in Luxemburg, unter der Leitung der Akademie HAGIA, und 2005 in den USA, unter der Leitung der Akademie HAGIA und des Centers for the Study of the Gift Economy, Texas. Er wird darüber hinausführen, denn DIE ZEIT IST REIF. Wir warten nicht mehr, wir gehen!

Kontakt

www.kongress-matriarchatspolitik.ch

info@kongress-matriarchatspolitik.ch

Fachtagung zum Thema „Traumatisierung durch sexualisierte Gewalt“

am 13.05. in Bielefeld

unter besonderer Berücksichtigung der Lebenskontexte von alten Frauen und Frauen mit Behinderungen. Vorträge:

Michaela Huber: „Sexualisierte Gewalt und Trauma“, Dr. Ruth-Irmgard Christiansen-Frettlöh: „Sexualisierte Kriegstraumata wirken ein Leben lang“, Martina Puschke: „Sexualisierte Gewalt gegen Frauen mit Behinderung: Aktuelle Diskussionen – Entwicklungen – Perspektiven“.

Workshops: Lydia Hantke: „Stabilisierende Integration – zur Arbeit mit traumatisierten Frauen in Beratung und Pflege“; Maria Zemp: „Auswirkungen transgenerationaler Traumatisierung auf Beziehung und Verhalten von Frauen“; Martina Böhmer – „Ansätze für eine frauenorientierte Altenarbeit“, Andrea Friske: „Möglichkeiten des präventiven Arbeitens mit Frauen in Einrichtungen der Behindertenhilfe“, Martina Puschke: „Menschenrecht in der Praxis: Herausforderungen im Umgang mit Gewalt gegen Frauen mit Behinderung“, Bärbel Schönhof: „Trauma und Recht in der Pflege“, Polina Hilsenbeck – „Beratung und Therapie mit alten Frauen und Frauen mit Beeinträchtigungen“. www.wildwasser-bielefeld.de

Kofra-Zeitschrift für Feminismus und Arbeit, Ausgaben ab 1991:

55/91 Sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz. 56/92 Glück in Frauenprojekten? 57/92 Zur Akzeptanz der lesbischen Lebensweise. 58/92 Gewalt hat ein Geschlecht. 59/92 Beiträge zu Rechtsradikalismus und Rassismus, 60/92 Lesben und heterosexuelle Frauen - Was uns trennt und was uns verbinden könnte, 61/92 Entpolitisierung durch Identitätspolitik? 62/93 Sexueller Missbrauch von Kindern - Kinderschutz oder Täterschutz? . 63/93 Frauenhandel - Heiratshandel - Prostitutionstourismus, 64/93 Gynäkologie unter feministischen Aspekten, 65/93 Erzwungenes gemeinsames Sorgerecht nach Scheidung: Rückschritt zu patriarchaler Bestimmungsmacht über Frauen und Kinder?, 66/93 Frauenstreik, 67/94 Zur Kopftuchdiskussion, 68/94 Feminismus gegen Rechtsextremismus - Rechtsextreme Tendenzen bei Mädchen und jungen Frauen und antirassistisches Potential feministischer Mädchenarbeit, . 69/94 Sag ich's oder sag ich's nicht? Eine Befragung erwerbstätiger lesbischer Frauen über "offen" bzw. "nicht offen" leben, 70/94 Institutionalisierte Frauenpolitik am Ende?, 71/95 Zehn Jahre 6. Jugendbericht: Was hat sich für Mädchen verändert? 72/95 Die verhinderte Frau. Zur gesellschaftlichen Lage von Frauen mit Körperbehinderungen. 73/95 Vergewaltigung in der Ehe. Zur Diskussion um die Reform des § 177, 74/95 Sexuelle Gewalt: männliche Sozialisation und potentielle Täterschaft, 75/95 Frauenfeindliche Rechtspraxis bei sexueller Gewalt. Nr. 76/95 Pornographie: - Konsum über Computernetze - aus der Sicht von Frauen, 77/96 "Männer kriegt den Hintern hoch" - eine kritische Betrachtung der Männerbewegung. 78/ 96 13 Jahre autonome Projektarbeit. 79/96 Eigenständige berufliche Existenz. 80/96 Die patriarchale Kultur: zu Struktur, Entstehung und Abbau. 81/96 Von der Emanzipation zum Management - Unternehmenspolitik in Frauenprojekten. 82/97 Kindesmisshandlungen im Internet / Männergewalt macht keine Männer. 83/84/97 Strategien gegen Gewalt im Geschlechterverhältnis - Was tun mit Tätern? - Zur Wirkung von Therapie und sozialer Kontrolle, 85/86/98 Männliche Gewalt gegen Mädchen und Frauen - Ist männliche Gewaltbereitschaft "natürlich"? - Auswirkungen sexueller Gewalt auf die Körper- und Bewegungsentwicklung von Mädchen und Frauen, 87/98 Gewalt gegen Mädchen und Frauen im Sport. 88/99 Männer gegen Männergewalt. Auf der Suche nach einer profeministischen Männerbewegung, 89/99 Gewalt gegen Frauen im Krieg, 90/99 Aktiv gegen Männergewalt. Konzept und Ergebnisse der Münchner Kampagne, 91/00 Zur Therapie von Sexualstraftätern, 92/00 Frauen und Militär,

93/00 Zwischen Täterschutz, Ohnmacht und Parteilichkeit, 94/01 Täterstrategien bei sexuellem Missbrauch und Ansätze der Prävention, 95/01 Feministisches Handeln gegen Gewalt, 96/02 Jungenarbeit als Männlichkeitskritik, 97/02 Mädchen im öffentlichen (Frei-)Raum – aktiv und kreativ, 98/02 Arbeitsverhältnisse im Kontext von „Diaspora, Exil, Migration“, 99/02 Gender Mainstreaming: Sieg oder Ende der Mädchen- und Frauenpolitik? 100/02 Chancen und Grenzen von Opfer- und Täterprävention, 101/03 Handeln gegen alltägliche Gewalt gegen Frauen in der Schule, 102/03 Anzeigepflicht bei sexuellem Missbrauch? 103/03 Zu den Folgen der Globalisierung für Frauen, 104/03 Von Mobbing und anderen Ausschlussstrukturen in feministischen Kontexten, 105/03 Gewaltprävention und Männlichkeit in der Schule, 106/03 Autonome Frauenräume. Reflexionen zu zwanzig Jahren Kofra, 107/04 Transgender und Feminismus, 108/04 Zur Kopftuchdiskussion, 109/04 Krieg und Geschlechterverhältnisse, 110/04 Widerstand für Frauenrechte und Frauenwürde, 111/04 Hartz IV und die Auswirkungen auf Frauen, 112/05 Menschenrechte – Frauenrechte, 113/05 Die Rückkehr des Dienstmädchens, 114/05 Quotierung ist verfassungsgemäß, 115/05 Altersbilder von Lesben, 116/05 Alternativen zur Globalisierung. 117/06 Femicidio. Frauenmorde in Mexiko, 118/06 Auswirkungen von sexueller Gewalt auf die Arbeitssituation von Frauen, 119/06 Gewalttätige Mädchen. Mythos und Realität, 120/06 In Nomine Patris. Die Interessen der Vaterrechtsbewegung, 121/07 Krise der sozialen Systeme, 122/07 Migration. Männlichkeit und Frauen(ver)achtung, 123/07 Frauen als Retterinnen in der Nazizeit, 124/07 Gewalt in der Lebensgeschichte alter Frauen, 125/08: Sorge- und Umgangsrecht – weitere Verschlechterungen für Frauen und Kinder, 126/08 Grenzen setzen gegen Gewaltstrukturen, 127/08 Zeit und Zukunft des Feminismus, 128/09 Feministische Unterrichtsprinzipien, 129/09 25 Jahre Kofra, ein viertel Jahrhundert feministische Frauenprojektarbeit. 130/09 Frauenarmut: Daten, Fakten, Relationen 131/09 Vorsicht Lebensschützer! 132/09 Hartz IV - Die Würde des Menschen ist antastbar 133/10 Repatriarchalisierung durch Sorge- und Umgangsrecht im neuen Familienrecht FamFG 134/10 Pornografisierung - Auswirkungen und Protest 135/10 Frauen in Spitzengremien der Wirtschaft – Handlungsbedarf 136/10 Gesetzesinitiativen gegen Pornografie 137/11 Mehr Frauen in die Sprache. Warum geschlechtergerechte Formulierung immer noch wichtig ist.

Kofra